



Landtag von Baden-Württemberg

8. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 13. Juli 2011 • Haus des Landtags

Beginn: 9:00 Uhr

Schluss: 11:59 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	243	Abg. Martin Hahn GRÜNE	257, 265
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Wilhelm Halder	243	Abg. Karl Traub CDU	258
Gedenken an den verstorbenen ehemaligen Abgeordneten Dr. Ulrich Noll.	266	Abg. Alfred Winkler SPD	259, 265
1. Aktuelle Debatte – Massive Stellenvermehrung durch die Landesregierung zulasten des Steuerzahlers – beantragt von der Fraktion der CDU	243	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP.	260
Abg. Guido Wolf CDU.	243, 253	Minister Alexander Bonde	262
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	245, 254	Abg. Paul Locherer CDU	264
Abg. Claus Schmiedel SPD	246, 255	3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 15/216.	266
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	248, 256	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	266, 274
Minister Dr. Nils Schmid	250	Abg. Winfried Mack CDU	267, 275
2. Aktuelle Debatte – Chancen des Ökolandbaus in Baden-Württemberg nutzen – beantragt von der Fraktion GRÜNE	257	Abg. Andreas Stoch SPD	269, 275
		Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	271
		Staatsrätin Gisela Erler.	272
		Beschluss	277
		Nächste Sitzung	277

Protokoll

über die 8. Sitzung vom 13. Juli 2010

Beginn: 9:00 Uhr

Präsident Willi Stächele: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Ich darf Sie alle ganz herzlich begrüßen.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 8. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Entschuldigungen liegen mir keine vor.

Sie haben sich zu Beginn der Sitzung auch zu Ehren unseres Kollegen Wilhelm Halder erhoben, dem ich zum Geburtstag gratuliere.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. Ich danke Ihnen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 3. März 2011 – Bericht der Landesregierung nach § 6 Abs. 1 des Auszeichnungsgesetzes (AuszG) – Drucksache 14/7680

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2011 – Information über die Stresstests für Atomkraftwerke in der Europäischen Union – Drucksache 15/176

Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

3. Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2011 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2011 (mit Fortschreibung bis 2014) – Drucksache 15/172

Überweisung an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und federführend an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

4. Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. Juli 2011 – Denkschrift 2011 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Drucksachen 15/100 bis 15/129

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

5. Mitteilung der Landesregierung vom 12. Juli 2011 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheits-

technik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts – Drucksache 15/202

Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

*

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Massive Stellenvermehrung durch die Landesregierung zulasten des Steuerzahlers – beantragt von der Fraktion der CDU

(Abg. Walter Heiler SPD: Um Gottes willen! – Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte wie gewohnt eine Gesamtdauer von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen gilt eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für die Aussprache noch einmal eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den Redezeitrahmen zu halten. Schließlich erfolgt der Hinweis, § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung gerecht zu werden und in freier Rede zu sprechen.

Ich erteile dem Vertreter der Fraktion der CDU, Herrn Abg. Guido Wolf, das Wort. Bitte schön.

Abg. Guido Wolf CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute vor genau zwei Wochen haben Sie, Herr Finanzminister, diesem Hohen Haus im Rahmen einer Regierungserklärung einen Kassensturz vorgelegt. Sie haben in einer dramatischen Schilderung die Verschuldung des Landes Baden-Württemberg, den maroden Zustand der Landesliegenschaften darstellt. Wir alle haben uns überlegt: Was führt er denn wirklich im Schilde, dieser Herr Finanzminister? Denn geglaubt hat ihm dieses Horrorszenario nun wirklich niemand im Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Am 5. Juli wurde das Geheimnis dann gewissermaßen gelüftet. Dieser Finanzminister legte einen Nachtragshaushalt vor, der zeigt, was er im Schilde führte. Es ging ihm schlicht und ergreifend um einen Freifahrtschein, um alle Dämme brechen zu lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

(Guido Wolf)

Keine Frage, Herr Finanzminister: Wenn eine neue Landesregierung ins Amt kommt, zumal nach einem derartigen politischen Wechsel, dann muss sie die Chance haben, neue Stellen zu schaffen und im Umfeld der Minister, des Ministerpräsidenten und der Führungsriege eines Ministeriums auch Menschen ihres Vertrauens einzustellen. Das war immer so, und das wollen wir auch Ihnen zubilligen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber!)

Aber, meine Damen und Herren, Grün-Rot hat beim Thema Stellenmehrung jegliches Maß verloren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Wenn ich nach wenigen Tagen Amtszeit der neuen Regierung vom Landesrechnungshof eine derartige Rüge bekommen würde, wie Sie sie in der letzten Woche erhalten haben, dann würde ich sie mir hinter den Spiegel stecken, meine Damen und Herren von der Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Abgewatscht!)

In Kenntnis dieses Kassensturzes, meine Damen und Herren, sagt der Finanzminister: Wir brauchen 180 neue Stellen in den Ministerien. Nur 64 davon haben den sogenannten k.w.-Vermerk, das heißt „künftig wegfallend“. Jetzt würde ich sagen, über diese 64 Stellen reden wir nicht; das sei Ihnen zugestanden. Aber 116 weitere Stellen, dauerhaft eingerichtet in den Ministerien – das ist hemmungslos, da fehlt jedes Maß, und dagegen werden wir uns zur Wehr setzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

180 Stellen kosten jährlich etwa 10 Millionen €. Hochgerechnet bis zum Jahr 2020, dem Jahr, in dem die Schuldenbremse greifen soll, sind es über 100 Millionen €, meine Damen und Herren. Nachhaltige, seriöse Finanzpolitik, die auf Konsolidierung ausgerichtet ist, sieht anders aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Etwas für die Familien machen! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Es gibt zwei eklatante Ausreißer. Der erste Ausreißer ist zweifellos das Verkehrsministerium. Herr Ministerpräsident, Sie haben vor der Landespresse auf die Frage, warum es nun das Infrastrukturministerium und das Verkehrsministerium zusätzlich gebe, gesagt: „Das hat sich so ergeben.“

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es hat sich noch mehr ergeben!)

Ich schließe daraus: Diese 180 neuen Stellen haben sich auch so ergeben. Diese Beliebigkeit, Herr Ministerpräsident, ist unerträglich. Denn so haben sich Zukunftshypotheken für Familien und Kinder ergeben. Das ist keine seriöse Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

59 zusätzliche Stellen im Verkehrsministerium: Herr Minister Hermann, Sie haben ein Haus mit funktionierenden Abtei-

lungen angetroffen. Offensichtlich brauchen Sie 59 zusätzliche Beamtinnen und Beamte als Kampftruppe, als Taskforce gegen Stuttgart 21.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt es heraus! Sehr gut!)

Das zweite Negativbeispiel ist das Integrationsministerium: plus 45,5 Stellen, alle ohne k.w.-Vermerk. In Niedersachsen sind in der Abteilung Integration gerade einmal 25 Mitarbeiter beschäftigt. Meine Damen und Herren von der Landesregierung, wir haben uns getäuscht. Das Integrationsministerium hat in erster Linie die Funktion, viele neue Beamtinnen und Beamte zu integrieren. Das ist der Auftrag dieses Integrationsministeriums.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Für Menschen mit Migrationshintergrund ist das ein Dienst!)

Über die 100 zusätzlichen Betriebsprüfer, Herr Finanzminister, möchte ich nur am Rande sprechen. Man kann darüber reden, zusätzliche Betriebsprüfer einzustellen. Das hat auch der Rechnungshof schon angesprochen.

(Abg. Walter Heiler SPD: So ist es! – Abg. Andreas Stoch SPD: Darüber kann man nicht nur reden, das ist eine bare Selbstverständlichkeit!)

Sie machen es geradezu lustvoll: 100 Betriebsprüfer jährlich, aufbauend; in der Endausbaustufe werden es 500 sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wenn das für Sie Lust ist, dann verstehe ich Sie auch nicht mehr! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– Wer sich im Unrecht fühlt, beginnt die Stimme zu erheben, Kollege Schmid.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war ein klassischer Wolf! – Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jesuiten sind das!)

Jetzt wissen wir auch, warum dieser Finanzminister unbedingt auch Wirtschaftsminister werden wollte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Ja!)

Er schleicht sich als Wirtschaftsminister in die Unternehmen, wirft als Finanzminister seinen Blick in das Haus und schickt acht Tage später den Betriebsprüfer nach.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und dafür sind wir um 9:00 Uhr hier!)

Liebe Mittelständler, passt auf: Minister Kroll ist unterwegs.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Guido Wolf)

Herr Finanzminister Schmid, ich kenne Sie als einen im Grundsatz soliden Haushaltspolitiker. Besinnen Sie sich eines Besseren! Dieser Nachtragsentwurf hat es nicht verdient, als seriös und nachhaltig bezeichnet zu werden.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Willi Stächele: Meine Damen und Herren, für die Fraktion GRÜNE erteile ich der Fraktionsvorsitzenden, Frau Abg. Sitzmann, das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir gerade vom Kollegen Wolf gehört haben,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war sehr zu-
treffend! – Abg. Paul Nemeth CDU: Das war sehr
gut!)

können wir in der Abteilung „Polemik und Populismus“ ab-
legen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben hier so viele Aspekte durcheinandergeworfen, dass es notwendig ist, einiges zu sortieren.

(Abg. Guido Wolf CDU: Nur zu! – Abg. Karl-Wil-
helm Röhm CDU: Dann sortieren Sie einmal!)

Sie haben gerade über das Thema Betriebsprüfer gesprochen. Sie haben gesagt: „Ja, das könnte man machen oder auch nicht.“ Sie haben in all den Jahren nicht mehr Betriebsprüfer eingestellt, obwohl der Landesrechnungshof im letzten Jahr deren Einstellung empfohlen hat.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Was hat er denn ge-
sagt?)

Denn diese kosten kein Geld, sondern sie bringen uns Geld in die Landeskasse.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist selbstverständlich, dass wir wollen, dass all diejenigen, die steuerpflichtig sind – unabhängig davon, ob es Privatpersonen oder Unternehmen sind –, ihre Steuern bezahlen. Das ist zum einen nur gerecht, und zum anderen sichern wir auf diese Weise die Einnahmen des Landes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb ist der Ansatz, neue Stellen in der Finanzverwaltung zu schaffen, sehr gut und sehr richtig. Wie gesagt: Wir folgen damit einer Empfehlung des Landesrechnungshofs,

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau! – Abg. Dieter
Hillebrand CDU: Was ist mit den Ministerien?)

die dieser in seiner Denkschrift noch im letzten Jahr ausführ-
lich dargestellt hat.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Folgen Sie dem Lan-
desrechnungshof auch, was die Ministerien angeht?)

Ich kann Ihnen gern die Seitenzahlen nennen. Lesen Sie es einfach einmal nach, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-
Wilhelm Röhm CDU: Was sagt der Rechnungshof zu
den Ministerien?)

Dann wurde hier gesagt, nachhaltige Finanzpolitik sehe an-
ders aus. Meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP,
ich kann Ihnen nur sagen: Wer selbst im Glashaus sitzt, der
sollte nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dieter
Hillebrand CDU: Ach!)

Ich möchte Sie daran erinnern, dass Sie für den letzten Nach-
trag angekündigt hatten, 500 Millionen € einzusparen. Tat-
sächlich haben Sie aber 500 Millionen € mehr ausgegeben,
meine Damen und Herren. Das sollten Sie nicht vergessen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wovon sprechen
Sie eigentlich?)

Nachhaltig war das auf keinen Fall.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker
Schebesta CDU: Die Verschuldung wurde reduziert!
– Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Jetzt waren Sie so großzügig, zu sagen: „Zwei, drei oder vier
neue Stellen würden wir einer neuen Landesregierung schon
zugestehen.“

(Abg. Guido Wolf CDU: Ohne neue Ministerien!)

Aber es gibt gute Gründe, meine Damen und Herren, warum
wir in Baden-Württemberg am 27. März einen Regierungs-
wechsel hatten, warum sich die Wählerinnen und Wähler für
neue Schwerpunkte und für eine neue Politik entschieden ha-
ben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wollten die Wäh-
ler, dass neue Stellen geschaffen werden?)

Wir sind in der Pflicht, diese neue Politik, sei es im Bereich
der Bildung, sei es in der Verkehrspolitik, im Hinblick auf die
Bürgerbeteiligung oder die Energiewende, umzusetzen. Das
werden wir auch tun.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-
Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen doch gar keine
Straßen bauen! – Abg. Volker Schebesta CDU: Aber
erst einmal werden Stellen geschaffen?)

– Ja. Eine neue Politik gibt es nicht zum Nulltarif, werte Kol-
leginnen und Kollegen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das sagen
Sie so! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das
befürchten wir auch!)

Zu Ihrer Regierungszeit war dies auch nicht anders. Es gab
zwar keine neue Politik, aber trotzdem keinen Nulltarif.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei
Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg.
Paul Nemeth CDU: War das jetzt nicht polemisch?)

(Edith Sitzmann)

Um neue Schwerpunkte zu setzen, brauchen wir auch neues Personal. Dies betrifft z. B. zum einen die Integrationspolitik und zum anderen die Verkehrspolitik.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, das müssen Sie einmal erklären!)

Wir haben dies getan, weil es seit vielen Jahren Versäumnisse gibt. Es wird endlich Zeit, die Versäumnisse aufzuholen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Was denn nun?)

Wir brauchen eine neue Verkehrspolitik und wollen Baden-Württemberg zum Musterland für eine nachhaltige Mobilität machen. Wir wollen den ÖPNV ausbauen, die Schieneninfrastruktur modernisieren

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und die Verwaltungsabteilung geht erst einmal rüber ins Finanzministerium!)

und die maroden Straßen besser erhalten, als es bislang der Fall war. Meine Damen und Herren, wenn man ein neues Ministerium schafft, um all diese wichtigen Aufgaben zu erfüllen, braucht man neue Expertinnen und Experten.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wenn man es so macht wie Sie, ja!)

Die entsprechenden Stellen werden geschaffen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber klar ist auch für uns, dass das nicht von Dauer ist. Sie, Herr Kollege Wolf, haben gesagt, dass fast 70 Stellen mit einem k.w.-Vermerk versehen sind. Ich möchte Sie an die Aussage der Landesregierung erinnern, als sie diesen Nachtragshaushalt einbrachte, nämlich dass diese zusätzlichen Stellen bis 2017 wieder zurückgebaut sein werden.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Was?)

Das heißt, mit einem Stellenabbauprogramm werden wir wieder auf null kommen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Auf null?)

Insofern kann von einer dauerhaften Aufblähung, wie Sie sie beschrieben haben,

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, natürlich!)

nun wahrlich keine Rede sein.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ja, natürlich! Sie reden von 64 von 180!)

Ich möchte Ihnen noch einmal die Proportionen darstellen, um die es geht: Für die politische Führung und die zentrale Verwaltung werden im Moment 3,8 % der Mittel im Landeshaushalt ausgegeben; das sind 1,34 Milliarden €.

(Abg. Winfried Mack CDU: Der niedrigste Wert in Deutschland!)

Worüber wir im Vergleich dazu gerade reden, ist ein Betrag in der Höhe von 0,6 %.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bei uns war es noch niedriger!)

Von Aufblähung, von Verschwendung oder was immer Sie sonst gesagt haben, sind wir weit entfernt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Gute Vorlage geliefert!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Willi Stächele: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das Thema hängt aber schon ziemlich hoch, wenn beide Fraktionsvorsitzenden ans Pult gehen!)

In der nächsten Woche wird der Nachtragshaushalt eingebracht. Dann folgen die Ausschussberatungen. Danach wird der Nachtragshaushalt beschlossen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir kennen die Geschäftsordnung, Herr Kollege! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann werden die Fragen gestellt!)

Dann ist der Zeitpunkt, das alles zu erörtern. Indem Sie heute das, was in der nächsten und übernächsten Woche im Plenum und zwischendurch im Ausschuss besprochen wird, zum Thema einer Aktuellen Debatte machen, zeigen Sie, dass Ihnen aktuell wirklich nichts einfällt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war ein typischer Schmiedel!)

Der Titel, Herr Kollege Wölffe,

(Zurufe von der CDU: Wolf! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Nein, das haben Sie schon richtig verstanden!)

lautet „Massive Stellenvermehrung durch die Landesregierung zulasten des Steuerzahlers“. Nun sollten wir aber einmal etwas genauer hinschauen: zulasten welches Steuerzahlers? Herr Wölffe hat so etwas angemerkt.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU: Wolf!)

– Wolf?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Vielleicht wird er noch ein Wolf! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ein echter Wolf! Den werden Sie schon noch kennenlernen! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist der Landrat Wolf! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das scheint eine Psychose zu sein! – Unruhe)

(Claus Schmiedel)

Herr Landrat Wolf hat angemerkt, man könnte darüber reden. Er hat so getan, als sei das ein Nasenwasser. Uns entgehen aktuell allein im Bereich der Veranlagung jedes Jahr 360 Millionen € an Einnahmen.

(Abg. Ingo Rust SPD: So sieht es aus! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Im Jahr!)

Jeder Finanzprüfer bringt ungefähr 1 Million € im Jahr.

(Zuruf von der CDU)

Wenn wir 100 Finanzprüfer einstellen, bedeutet das Mehreinnahmen von 100 Millionen €. Da kommen Sie und sagen: Aber die Stellen kosten 10 Millionen €. Errechnen Sie einmal die Differenz: Es bleiben 90 Millionen € übrig.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Ingo Rust SPD: Man muss halt rechnen können! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber es geht um 180 Stellen!)

Allein daran wird schon deutlich, wen Sie meinen und wen Sie schützen wollen: Die Unehrlichen wollen Sie schützen, diejenigen, die ihre Steuern nicht entrichten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Widerspruch bei der CDU)

Das ist Ihre Politik, und zwar seit Jahren. Wenn man das summiert, kommen Milliarden zusammen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Sie versorgen Genossen!)

Jetzt kommt das Thema Verkehrsministerium. Das ist eine tolle Nummer. Wer das Thema Verkehr so stiefmütterlich behandelt hat wie Sie, der sollte sehr zurückhaltend sein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Minister im letzten funktionierenden Verkehrsministerium war ein Herr namens Schaufler. Dann wurde das Ressort wie eine heiße Kartoffel hin- und hergeschoben: einmal in das eine Ministerium, dann wieder in ein anderes, als Abteilung, dann war ein Staatssekretär zuständig; der Minister hat sich nicht dafür interessiert. Was wir jetzt machen, ist, ein neues Verkehrsministerium zu schaffen, weil das alte, Herr Wolf, nicht funktioniert.

Jetzt zitiere ich den Rechnungshof. Er hat nachgewiesen, dass allein bei einer Ortsumfahrung – Neckargemünd, Kernstadtumgehung – die Kosten von 19,8 auf 50,8 Millionen € gestiegen sind. Das ist eine Differenz von über 30 Millionen €. 80 % davon kommen aus dem Landeshaushalt. Das entspricht 25 Millionen €.

Die Herrschaften können nicht rechnen. Das ist Ihr „funktionierendes“ Ministerium. Wenn wir das Ganze jetzt in Ordnung bringen, heißt das, dass wir allein durch diese Maßnahme 25 Millionen € einsparen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Sie bauen doch gar keine Straßen!)

Schluss mit dem Schlendrian!

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, Herr Schmiedel! Sie bauen doch gar keine Straßen! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Diesen Fehler werden die erst gar nicht machen!)

– Herr Kollege Hauk, das ist eine Kreisstraße. Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz: 80 % kommen vom Land.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach, für Kreisstraßen braucht man ein neues Ministerium? – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Man müsste nur kontrollieren, ob der Kreis die Kosten anständig angemeldet hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Welche Straßen wollen Sie denn bauen? Sagen Sie es uns doch!)

Aber das funktioniert nicht, sagt der Rechnungshof. Deshalb: Seien Sie froh, dass wir das Ganze in Ordnung bringen und dafür sorgen, dass solche Fehlkalkulationen künftig nicht mehr möglich sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sie haben das Integrationsministerium erwähnt und gesagt, dieses Ministerium sei dazu da, dass Beamte eingestellt werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, integrieren!)

Erstens finde ich das gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wirklich schräg.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Zweitens aber hatte die alte Landesregierung eine Stabsstelle Integration.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das war viel billiger! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Aus dieser Stabsstelle sind vier Personen ins neue Ministerium gewechselt: der Stabsstellenleiter und drei Mitarbeiter. Das ist der Stellenwert, den die alte Landesregierung dem Thema Integration beigemessen hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU: Was? Quatsch! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Überhaupt nicht! Eine Querschnittsaufgabe, die andere Ministerien auch wahrgenommen haben! Innenministerium, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst! Herr Kollege, nicht verschweigen! Blödsinn! Wider besseres Wissen!)

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas – ich muss einmal deutlich werden –: Das, was wir machen, sind Investitionen in eine bessere Zukunft.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Mit mehr Schulden!)

Ich kann Ihnen einmal sagen, welchen Betrag die Bertelsmann Stiftung – sie ist keine Abteilung der SPD – ausgerechnet hat, was in der Bundesrepublik insgesamt die nicht optimal funk-

(Claus Schmiedel)

tionierende Integration kostet: Über 15 Milliarden € im Jahr geben wir für Folgekosten einer nicht gut erfolgten Integration aus.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die Hälfte wahrscheinlich in Berlin!)

Da ist das Geld, das wir jetzt in 60 Stellen investieren, damit wir uns dieser Aufgabe konsequent zuwenden und dabei endlich Erfolge erreichen, die sich sehen lassen, gut investiert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das warten wir einmal ab!)

Deshalb sage ich, Herr Kollege Hauk: Sie müssen sich einmal entscheiden,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Schauen wir einmal!)

welche Oppositionspolitik Sie machen wollen. Sie erzählen mehrfach, Sie wollten konstruktiv sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das sind wir doch! Wir geben euch Rat!)

Andererseits veranstalten Sie hier an diesem Vormittag Klamauk zu einem Thema, das in der nächsten Woche auf der Tagesordnung steht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt hört es aber auf! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das hilft Ihnen nicht wirklich. Das ist der Debattenkultur nicht förderlich. Vielmehr wünschen wir uns, dass wir uns beispielsweise mit Strategien der Integrationspolitik auseinandersetzen, dass wir darüber diskutieren, mit welchen Maßnahmen und mit welchen Partnern wir wo ansetzen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann bringen Sie doch einmal etwas!)

Das ist konstruktiv. Zu dieser Auseinandersetzung laden wir Sie ein. Aber dazu müssen Sie solche Klamaukveranstaltungen unterlassen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Übrigens, Herr Kollege Wolf: Sie hatten eine sehr hohe Tonlage. Wir laden Sie zu einer konstruktiven Debatte ein. Wir sind dabei. Aber das, was Sie gemacht haben, war ein Rohrkrepierer.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Machen Sie einmal Vorschläge! Es kommt ja nichts! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Präsident Willi Stächele: Für die FDP/DVP erhält ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Abg. Dr. Rülke, das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der vergangenen Plenarwoche hat uns der Finanzminister gewaltig ins Gewissen geredet. Er hat uns aufgezeigt, in welchem fulminantem Umfang die

alte Landesregierung über Jahrzehnte hinweg Stellen geschaffen hat und in enorme Pensionsverpflichtungen hineingegliedert ist. Er hat dabei sein ernstestes Gesicht aufgesetzt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Der Ministerpräsident hat das quasi durch seinen sakralen Gesichtsausdruck beglaubigt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ich muss ehrlich zugeben: Es hat mich getroffen. Schlaflose Nächte waren die Folge. Ich habe mir die Frage gestellt: Waren wir wirklich so schlecht?

(Unruhe – Abg. Helen Heberer SPD: Kommen Sie doch einmal zur Sache! Unerträglich!)

Waren wir wirklich so schlimm?

Jetzt zieht diese neue Landesregierung Konsequenzen aus dem, was in den letzten Jahrzehnten passiert ist. Die Konsequenzen aus dem „gewaltigen Stellenaufwuchs“ unter Schwarz-Gelb sind noch mehr Stellen unter Grün-Rot.

(Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

Das ist offensichtlich die Konsequenz, die Sie gezogen haben.

Meine Damen und Herren, der Bund der Steuerzahler hat es richtig analysiert. Die Kritik, die Sie an der alten Landesregierung geübt haben, ist angesichts dieser Stellenplanungen unglaublich, und zwar unglaublich bis zum Gehtnichtenmehr.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Herr Kollege Schmiedel, Sie sprachen von Klamauk. Das ist ein bemerkenswerter Vorwurf. Denn dieser Vorwurf trifft im Prinzip den Rechnungshof, weil das, was heute hier angesprochen wurde,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

keine Kritik ist, die von der CDU- oder der FDP/DVP-Fraktion erfunden worden wäre, sondern die originäre Kritik des Rechnungshofs ist.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Wenn Sie sagen, dieses Thema sei nicht aktuell, dann richtet sich auch diese Kritik an den Rechnungshof. Denn der Rechnungshof war es doch, der in dieser Woche eine Pressekonferenz zu diesem Thema gegeben hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie haben über Jahre, als Sie in der Opposition waren, im Grunde gegiert nach jeder Äußerung des Rechnungshofs, um sie uns vorzuhalten. Jetzt plötzlich interessiert Sie nicht mehr, was der Rechnungshof sagt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das stimmt doch nicht! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Das ist schon ein bemerkenswertes Verständnis. Das gilt auch für Sie, Frau Kollegin Sitzmann. Sie haben vorhin gesagt: Wir folgen der Forderung des Rechnungshofs

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ist es! Genau!
– Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Genau!)

nach zusätzlichen Stellen für die Betriebsprüfer.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sanierungsstau!)

Warum folgen Sie aber dem Rechnungshof bei den anderen Stellen nicht? Diese einzurichten hat Ihnen der Rechnungshof ganz sicher nicht empfohlen. Insofern scheint es, als ob man dem Rechnungshof an den Stellen folgt, wo es passt, und ihn an den Stellen ignoriert, an denen es weniger passt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sie haben ihn nur ignoriert!)

Ich glaube nicht, dass das ein angemessener Umgang mit dem Rechnungshof ist, schon gar nicht vor dem Hintergrund dessen, was Sie uns hier über Jahre immer erzählt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

180 zusätzliche Stellen im Regierungsapparat, offensichtlich – wenn man bestimmten Berichten glauben darf – 22 Stellen in B 3 und höher. Da drängt sich schon der Verdacht auf, dass langjährige Gefolgsleute belohnt werden dürfen.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Interessant ist auch, dass gerade im Jahr 2017 auf diese Stellen wieder verzichtet werden kann. Im Jahr 2017 sind Sie entweder wieder weg, oder es ist lange genug Zeit bis zur nächsten Landtagswahl 2021, sodass man darauf hoffen kann, dass es die interessierte Öffentlichkeit dann wieder vergessen hat, wenn Sie dieses Versprechen 2017 brechen.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Vergangenheit schon häufiger über die Betriebsprüferstellen diskutiert. 100 zusätzliche Betriebsprüfer bewirken 100 Millionen € Mehreinnahmen – Herr Kollege Schmiedel, diese Milchmädchenrechnung haben Sie hier nicht zum ersten Mal aufgemacht.

(Abg. Ingo Rust SPD: Rechnungshof! – Abg. Helen Heberer SPD: „Milchmädchen“, toll!)

Wenn es so einfach wäre! Sie haben uns vorhin erklärt, 360 Millionen € würden dem Staat entgehen. Warum haben Sie dann nicht 360 zusätzliche Betriebsprüfer vorgeschlagen, wenn es eine so einfache Milchmädchenrechnung wäre?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Erst einmal haben, erst einmal finden!)

Im Übrigen stellt sich schon die Frage, ob es sinnvoll ist, sozusagen aus den Mittelständlern des Landes im Wege von Betriebsprüfungen den letzten Blutstropfen auszuwringen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt kommt es raus! – Abg. Helen Heberer SPD: Wo bleibt der Applaus der Opposition? – Lebhaftige Unruhe)

wenn das zusätzlich eingenommene Geld dann in den Länderfinanzausgleich fließt. Sie sind ja nicht bereit, an den Länderfinanzausgleich heranzugehen.

(Unruhe – Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Denn der Ministerpräsident hat ja in dieser Woche mit Herrn Seehofer eine neue Männerfreundschaft geschlossen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dass Ihnen das nicht passt, liegt auf der Hand!)

Da hat man festgelegt, dass man im Bereich des Länderfinanzausgleichs zunächst einmal gar nichts macht.

Meine Damen und Herren, schaffen Sie eine vernünftige Lösung für den Länderfinanzausgleich. Dann kann man auch darüber reden,

(Abg. Ingo Rust SPD: Gerechteste Besteuerung!)

dass wir in Baden-Württemberg zusehen, dass wir die Steuereinnahmen haben, die wir brauchen. Wir wollen nicht, dass es wieder nach dem alten Muster abläuft: In Baden-Württemberg werden die Steuern gezahlt, und in Berlin werden sie ausgegeben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Ingo Rust SPD: Unglaublich! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Kollege Wolf hat es bereits angesprochen: Besonders massiv hat der Verkehrsminister zugelangt. Es geht offensichtlich – Kollege Wolf hat darauf zu Recht hingewiesen – um eine Kampftruppe gegen Stuttgart 21.

(Lachen bei den Grünen)

Langjährig bewährte Kämpfer gegen das Bahnprojekt werden jetzt belohnt

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

und auf die entsprechenden Stellen gesetzt. Der Steuerzahler finanziert sozusagen den Kampf gegen Stuttgart 21.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jetzt ist aber mal gut!)

Meine Damen und Herren, das ist keineswegs im Interesse des Landes.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

So manche Begründung ist auch sehr interessant. So erklärt beispielsweise Minister Schmid: „Straßenbauer können keine Mobilitätskonzepte entwickeln.“ Der Ministerpräsident äußert, das Ganze sei „mit Augenmaß und Sachverstand entstanden“. Meine Damen und Herren, wenn die Landesregierung es den Beamten dieses Landes nicht zutraut, auch in einer anderen Aufgabe erfolgreich zu sein, dann werden Sie keinen Erfolg mit dem Beamtenapparat dieses Landes haben, und dann werden Sie dieses Land nicht verwalten können, meine Damen und Herren.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Gestalten, nicht verwalten! Das ist der Unterschied zu Ihnen! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wir wollen auch nicht verwalten, sondern gestalten!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Am 5. Juli dieses Jahres war die folgende Äußerung des Finanzministers zu hören – ich zitiere –:

Wir sind auf einem guten Weg zur Schuldenbremse.

Meine Damen und Herren, bisher war auf diesem Weg noch kein einziger Schritt erkennbar.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Willi Stächele: Ich erteile dem Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Schmid das Wort.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe etwas gezögert und mich gefragt, ob ich überhaupt ans Rednerpult treten soll. Denn eigentlich hatte ich erwartet, dass wir jetzt einen finanzpolitisch soliden Auftritt der neuen Vorkämpfer der Opposition, die im Finanzausschuss tätig sind, erleben dürfen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Ingo Rust: Fehlanzeige!)

Stattdessen haben wir ein Kasperletheater erlebt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der einzige Kasper steht am Mikrofon! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind dabei jetzt der Höhepunkt!)

Wir befinden uns jetzt aber nicht in der Jahreszeit der Büttreden, sondern wir befinden uns in einer Zeit der ernsthaften Auseinandersetzungen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das Erste, was man lernt, wenn man im Finanzausschuss ist,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da haben Sie sich noch nicht blicken lassen!)

Herr Rülke und Herr Wolf, ist, sich mit den Fakten auseinanderzusetzen. – Herr Rülke, im Unterschied zu Ihnen war ich zehn Jahre lang Mitglied im Finanzausschuss und weiß, wie hart die Arbeit dort ist.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Anscheinend haben Sie dabei nichts gelernt!)

Ich habe gelernt, dass man zunächst einmal die Fakten zur Kenntnis nimmt, bevor man wild drauflosschreit.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Fangen Sie doch einmal mit den Fakten an!)

Reden wir also über die Fakten. Es gibt 100 neue Stellen in der Steuerverwaltung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dagegen hat auch niemand etwas!)

Davon sind 50 Neueinstellungen, um den Nachwuchs zu fördern. Dabei handelt es sich also um zusätzliche Ausbildungsstellen, um die vorhandenen Ausbildungskapazitäten optimal auszuschöpfen, damit über die Jahre hinweg durch ausreichenden Nachwuchs die anstehenden Pensionierungen in der Steuerverwaltung aufgefangen werden können.

Weitere 50 zusätzliche Stellen werden in der Steuerverwaltung geschaffen, damit wir diejenigen, die die Ausbildung beenden, übernehmen können. Wir wissen schon jetzt – das zeichnet sich bereits ab –, dass, wenn wir diese Stellen nicht schaffen würden, hochqualifizierte Absolventinnen und Absolventen unserer Finanzschulen nicht übernommen werden könnten. Das wäre schade. Wir würden qualifizierten Nachwuchs verlieren. Ich sage Ihnen eines: Wer dagegen ist, der möge sich jetzt erheben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Sie müssen sich nun schon entscheiden,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Thema verfehlt!)

ob Sie die unselige Geschichte der vergangenen Jahre fortsetzen wollen: Abbau von über 2 000 Stellen in der Steuerverwaltung über zehn Jahre hinweg,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Millionenausfälle für den Landeshaushalt, weil nicht genügend kontrolliert wird. Sie müssen sich entscheiden, ob Sie auf der Seite der ehrlichen Steuerzahler sind und eine gerechte Besteuerung wollen oder nicht.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist unglaublich!)

Ihre Rede, Herr Rülke, hat mich an die Debatte über den Ankauf der „Steuer-CD“ erinnert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Auch da waren Sie auf der Seite der unehrlichen Menschen, der Betrüger.

Diese Landesregierung ist angetreten, um damit Schluss zu machen. Sie haben nun die Wahl, bei der Abstimmung über den Nachtragshaushalt beim Kampf für mehr Steuergerechtigkeit mitzumachen oder in der Ecke stehen zu bleiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Lachen des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Das Zweite ist – das haben Sie nicht infrage gestellt; das war eine der wenigen seriösen Passagen Ihrer Rede, Herr Wolf –,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Pensionslasten! Sagen Sie auch etwas dazu!)

dass die politische Leitung der Ministerien nach einem Regierungswechsel, der nach über 50 Jahren stattfindet, ausgewechselt gehört. Das ist völlig normal. Das haben wir in den Ressorts mit Augenmaß betrieben. Übrigens geschah dies in den Ressorts, in denen sich die politischen Schwerpunkte nur wenig verschoben haben, sehr beschränkt, während es in anderen Ressorts, bei denen neue politische Schwerpunkte hinzugekommen sind, etwas mehr war. Denn die neue Landesregierung muss auch in den Ressorts, bei denen neue politische Schwerpunkte hinzugekommen sind, natürlich von Anfang an voll handlungsfähig sein, um diese neuen politischen Schwerpunkte umzusetzen.

(Minister Dr. Nils Schmid)

(Abg. Volker Schebesta CDU: Deshalb brauchen Sie zwei Verwaltungsabteilungen!)

Das bedeutet im Klartext, dass wir beispielsweise im Umweltministerium die politische Leitung personell verändert haben und dass wir, weil wir die Energiewende vorantreiben wollen, was eine politische Schwerpunktsetzung dieser Regierung ist, auch diesen Bereich mit neuem Personal ausgestattet haben. Denn eines ist klar: Diejenigen, die in der Vergangenheit die Atomkraftwerke beaufsichtigt haben, werden nicht diejenigen sein, die in Zukunft die Energiewende vorantreiben, regenerative Energien fördern und den Bau von Windkraftanlagen genehmigen werden. Deshalb brauchen wir vorübergehend zusätzliches Personal.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Gleiches gilt für den Bereich des Verkehrsministeriums. Auch dort gibt es neue politische Schwerpunkte. Hierzu zählen nachhaltige Mobilitätskonzepte, die wir gemeinsam im Koalitionsvertrag festgelegt haben. Deshalb hat der Verkehrsminister zu Recht einen überschaubaren Mehrbedarf für diesen politischen Schwerpunkt angemeldet. Ich rede nicht vom Neuaufbau des Ministeriums, sondern von politischen Schwerpunkten. Diese werden nun abgebildet.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Kretschmann, Herr Hermann und andere haben zu Recht darauf hingewiesen, dass diejenigen, die in der Straßenbauabteilung tätig sind, schon jetzt große Mühe haben, ihre Arbeit zu bewältigen.

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Der Rechnungshof hat dies bestätigt. Außerdem haben diese Personen überhaupt keine Zeit dafür und vielleicht auch gar nicht die Kenntnisse, um nachhaltige Mobilitätskonzepte im Verbund der verschiedenen Verkehrsträger zu entwickeln, wie wir es uns auf die Fahnen geschrieben haben.

Das ist ein politischer Schwerpunkt, der von Anfang an von der neuen Regierung umgesetzt werden muss. Deshalb habe ich als Finanzminister nach hartem Ringen mit dem Hause Hermann der Schaffung dieser Stellen zugestimmt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Das wird Ihnen schwergefallen sein!
– Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schebesta?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Vielleicht komme ich noch darauf zu sprechen, wenn ich das jetzt erläutere.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Nein! Ich glaube nicht!)

– Nein?

(Heiterkeit des Abg. Volker Schebesta CDU)

Bitte schön.

Präsident Willi Stächele: Bitte, Herr Abg. Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Minister, Herr Schmiedel hat gesagt, es gehe um den Straßenbau. Sie haben jetzt von einem politischen Schwerpunkt gesprochen. Können Sie uns sagen, wie viele von den 60 Stellen im Verkehrsministerium tatsächlich für den Straßenbau zur Verfügung stehen? Wenn Ihnen das so wichtig ist, warum haben Sie dann nicht die Verwaltungsabteilung, die Abteilung 1 des Wirtschaftsministeriums, zur Verfügung gestellt, damit Herr Hermann sofort ein funktionierendes Ministerium mit Personalverwaltung übernehmen kann? Warum haben Sie diese Verwaltungsabteilung in Ihr Ministerium übernommen mit der Folge, dass Sie jetzt für eine Verwaltungsabteilung, die nichts mit Straßenbau zu tun hat, neue Stellen im Verkehrsministerium schaffen müssen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Schebesta, das war genau das, was ich befürchtet habe. Ich komme auf genau diese Fragen noch zu sprechen. Das würde ich aber gern im Zusammenhang darstellen.

Wir haben 100 Stellen für die Steuerverwaltung. Das habe ich Ihnen erläutert. Ich glaube, Sie haben nichts dagegen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ich war jetzt gerade beim Straßenbau!)

Jetzt kommen wir zu den neuen politischen Schwerpunkten der Landesregierung und zur Umgestaltung des Lenkungsbereichs. Ich habe Ihnen erläutert, dass wir einen überschaubaren Bedarf im Umweltministerium gesehen haben,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir sind beim Straßenbau!)

weil Atomaufseher nicht gleichzeitig die Errichtung von Windkraftanlagen genehmigen können. Dabei sind wir uns sicher einig. Darüber freue ich mich.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sie brauchen aber einen langen Anlauf für die Antwort!)

Jetzt gehen wir weiter zum Verkehrsministerium, bei dem es auch eine politische Leitungsebene gibt, die umgestaltet worden ist – wie in allen anderen Häusern auch. Es gibt ferner den neuen Schwerpunkt „Nachhaltige Mobilität“, der zusätzliche Stellen erfordert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wie viele Stellen? – Abg. Volker Schebesta CDU: Straßenbau?)

– Es geht um neun Stellen für die Entwicklung nachhaltiger Mobilitätskonzepte, die zusätzlich geschaffen werden, um diesen Schwerpunkt abzudecken.

Im Bereich Straßenbau bleibt die Verwaltung unangetastet.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Oho!)

Wir brauchen diesen Bereich. Wir brauchen tendenziell sogar eine stärkere Personaldecke, um die Projekte abzuwickeln.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ich dachte, die 60 Stellen sind für den Straßenbau! Was stimmt jetzt, Herr Schmid?)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Damit ist klar: Der Straßenbau wird im Verkehrsministerium weiterhin gut verwaltet. Außerdem werden nachhaltige Mobilitätskonzepte entwickelt, ohne dass das zulasten des Personalkörpers geht, der für den Straßenbau zuständig ist.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ah!)

Das ist der Hintergrund.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Volker Schebesta CDU: Alle 60 für den Straßenbau! Das war die Aussage!)

– Herr Schebesta, wenn Sie etwas Geduld haben, kann ich Ihnen das erläutern. Ich bin bei den politischen Schwerpunkten und komme jetzt zum Aufbau der neu geschaffenen Ministerien.

Wir haben weitere politische Schwerpunkte, die im Staatsministerium angesiedelt sind. Dies betrifft den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, wobei die Stabsstelle einen zusätzlichen Bedarf angemeldet hat, den wir in den Verhandlungen reduziert haben. Außerdem haben wir zusätzlichen Bedarf im Kultusministerium, weil wir die kommunale Schulentwicklung endlich vorantreiben wollen. Deshalb wird dort eine Stabsstelle eingerichtet.

Das sind die politischen Schwerpunkte, die in den einzelnen Ministerien abgebildet werden. Für all diese Stellen – sofern sie den politischen Lenkungsbereich betreffen – haben wir einen k.w.-Vermerk bis zum Jahr 2017 vereinbart. Es gibt also keine dauerhafte Aufblähung des Stellenapparats,

(Abg. Peter Hauk CDU: Was ist mit dem Rest von 120 Stellen?)

sondern die klare Maßgabe, dass diese Stellen wieder abgebaut werden, so, wie dies bei anderen Regierungswechseln auch üblich ist.

Jetzt kommen wir zu den beiden neu geschaffenen Häusern. Dort finden in der Tat große Aufwüchse statt, weil diese neu geschaffenen Häuser Querschnittsbereiche brauchen, eine politische Leitungsebene brauchen

(Abg. Volker Schebesta CDU: Besonders weil Sie ihnen diese weggenommen haben!)

und weil insbesondere in dem Bereich, den das Integrationsministerium abdeckt – Herr Schmiedel hat darauf hingewiesen –, die Stellenausstattung so kümmerlich war, dass diese wichtige gesellschaftspolitische Herausforderung mit diesen Stellen nicht ausreichend abgedeckt werden kann. Deshalb hat das Integrationsministerium natürlich auch für die inhaltliche Arbeit zusätzliche Stellen gebraucht.

Die Querschnittsbereiche im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur und im Integrationsministerium wurden aus bestehenden Querschnittsbereichen geschaffen, soweit Abteilungen oder Referate übergegangen sind. Beispielsweise ist aus dem früheren UVM etwas in das Haus Hermann übergegangen; entsprechend wurden Personalstellen übertragen. Beispielsweise ist auch aus meinem Haus, dem neu geschaffenen Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, etwas an das Haus Hermann übergegangen, übrigens auch an das Haus Bonde.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aus der Abteilung 1 auch?)

Da ist immer quotal der Bereich der Querschnittsstellen übergegangen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum brauchen Sie dann noch zwei MDs?)

Übrigens ist aus meinem Haus überproportional viel an Querschnittsbereichen an andere Häuser übergegangen, und zwar zu Recht, weil wir Synergien geschaffen haben. Selbstverständlich haben wir in meinem Haus nur eine Verwaltungsabteilung und nicht etwa zwei Verwaltungsabteilungen; diese wurden zusammengeführt, wie die Zentralstellen und die Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit auch.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Sie werden das alles im Haushalt Punkt für Punkt nachverfolgen können. Sie werden sogar sehen, dass wir in meinem Haus mit gutem Beispiel vorangehen und schon jetzt im Nachtrag zwei Stellen streichen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Volker Schebesta CDU: Dafür gibt es zwei MDs! Besoldungsgruppe ganz oben!)

Wir steigen schon jetzt in den Abbau der Stellen ein und werden den Abbau bis zum Jahr 2017 vollziehen – nicht erst im Jahr 2017, wie Sie gemeint haben.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Nennen Sie einmal die Besoldungsgruppen!)

Denn es ist selbstverständlich, dass dieser Stellenabbau in den nächsten Jahren in allen Häusern erbracht werden muss.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das wird morgen die Schlagzeile!)

Jetzt kommen wir zu dem Bereich, der Sie besonders beschäftigt hat, nämlich zur Frage: Wie schaffen wir es, die neu aufgebauten Häuser ebenfalls gegenzufinanzieren? Es war bezeichnend, Herr Wolf, dass Sie dazu nur die halbe Wahrheit gesagt haben. Die politischen Lenkungsebenen werden mit einem k.w.-Vermerk in den jeweiligen Häusern bis 2017 eingesparrt. Aber das, was für den Aufwuchs der neuen Häuser, des MVI und des Integrationsministeriums, anfällt, wird über ein Stelleneinsparprogramm der gesamten Regierung bis 2017 erbracht.

(Zurufe von der CDU: Wo?)

Das ist also auch keine dauerhafte Aufstockung von Stellen. Da bitte ich Sie, auch einmal die gesamte Wahrheit zu sagen und nicht nur mit Halbwahrheiten zu operieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dieter Hillebrand CDU: 70 von 180 Stellen!)

Wir haben im Rahmen der Nachtragshaushaltsberatung alle Mühe, das dann detailliert zu durchleuchten. Dabei werden Sie sicher auch Gelegenheit haben, mit uns über die politischen Schwerpunkte der neuen Regierung, wie sie sich in den Ministerien abbilden, zu reden. Ich biete Ihnen ausdrücklich

(Minister Dr. Nils Schmid)

an, dass insbesondere die Ministerin und der Minister aus den neu geschaffenen Häusern auch Ihnen aus der Opposition zur Verfügung stehen, um auch inhaltlich über die Arbeit in den Häusern zu reden, so wie sie es selbstverständlich auch mit uns getan haben.

Weil Sie, Herr Rülke, auf den Rechnungshof eingegangen sind, will ich etwas dazu sagen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hat er Sie vielleicht gelobt?)

Der Landtag und die Landesregierung sehen den Rechnungshof als Partner. Viele der Anregungen des Rechnungshofs sind beispielsweise in den Kassensturz eingeflossen, den ich Ihnen vorgetragen habe. Selbstverständlich werden wir – das können wir dann gern gemeinsam im Finanzausschuss tun – über die Empfehlungen des Rechnungshofs in der aktuellen Denkschrift detailliert reden und darüber diskutieren, was wir in welcher Zeitachse umsetzen. Ich kann mir sogar vorstellen, dass im Unterschied zur Vergangenheit, insbesondere auch aufgrund selbstbewusster Regierungsfractionen, Empfehlungen des Rechnungshofs mehr Chancen haben, realisiert zu werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bloß nicht jetzt, gell?
– Abg. Volker Schebesta CDU: Damit können wir in der nächsten Woche gleich anfangen!)

Deshalb sage ich mit Shakespeare:

Denn wie's nur eine Tugend gibt, die Wahrheit, gibt's auch ein Laster nur: die Heuchelei.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben heute in dieser Debatte gezeigt, dass es Ihnen nicht um die Sache geht und dass Sie auch gar nicht erkannt haben, dass ein Regierungswechsel selbstverständlich auch ein Mandat dafür ist, politische Schwerpunkte in den Ministerien abzubilden. Stattdessen haben Sie mit platten Parolen operiert und nicht konstruktiv dazu beigetragen, über das zu diskutieren, worum es wirklich geht, nämlich die politischen Schwerpunkte der neuen Regierung. Wir haben von den Wählerinnen und Wählern das Mandat für einen politischen Wechsel bekommen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber nicht zur Verschwendung!)

Dieses Mandat wird so auch im Nachtragshaushalt umgesetzt und solide unterlegt. Wir sind bereit, mit Ihnen über jede einzelne Stelle zu diskutieren. Wir sind bereit, mit Ihnen über jeden einzelnen politischen Schwerpunkt zu diskutieren. Aber bitte seien auch Sie bereit, Abstand vom politischen Kasperletheater zu nehmen und sich ernsthaft mit den Dingen auseinanderzusetzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Widerspruch bei der FDP/DVP – Abg. Volker Schebesta CDU: Strich drunter: Straßenbau gleich null!)

Präsident Willi Stächele: Meine Damen und Herren, im Rahmen der verbliebenen Redezeit erteile ich nun dem Kollegen Wolf das Wort.

Abg. Guido Wolf CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Schmid, Herr Schmiedel, es ist schon bemerkenswert, wie schnell Sie zu Begriffen wie Klamauk und Kasperletheater greifen,

(Zuruf von der SPD: Nicht ohne Grund!)

wenn wir als Opposition uns erlauben, die handstreichartige Schaffung von 180 neuen Stellen in diesem Hohen Haus zum Thema zu machen. Das ist weder Kasperletheater noch Klamauk, das ist die Beschreibung einer unseriösen Politik, die Ihren Haushalt bereits beim ersten Aufschlag auszeichnet. Darüber wollen wir, darüber müssen wir reden. Wenn Sie das als Kasperletheater begreifen, dann ist das aufschlussreich im Hinblick darauf, wie Sie geplant haben, mit den Finanzen dieses Landes umzugehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD)

Morgen werden wir die große Schlagzeile in der Presse lesen, meine Damen und Herren: „Sparkommissar Schmid kündigt kurzfristige Streichung von zwei Stellen an“.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Minister Schmid, ich finde, dass Sie mit dem, was Sie hier gesagt haben, ein enormes Maß an Misstrauen gegenüber den Beamtinnen und Beamten in Ihren Ministerien zum Ausdruck bringen. Wenn sie es gewohnt waren, in den letzten Jahren Dinge zu ermöglichen, mag es ihnen jetzt natürlich schwerfallen, den politischen Auftrag zu haben, Dinge zu verhindern. Das erfordert ein Umdenken. Das ist richtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD)

Aber unsere Beamtinnen und Beamten haben es nicht verdient, dass Sie mit einem Federstrich anordnen: Wir haben eine neue politische Mehrheit, deswegen brauchen wir auch andere politische Beamtinnen und Beamte. Das haben unsere loyalen Beamtinnen und Beamten nicht verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von den Grünen: Das hat keiner gesagt!)

Wenn Sie, Herr Schmiedel, von „schräg“ sprechen, dann will ich Ihnen sagen, was wir als schräg empfinden. Wir empfinden es als schräg, dass im Kultusministerium auf einer B-3-Stabsstelle im Handstreich ein langjähriger politischer Weggefährte Ihrer Partei zum Stabsstellenchef gemacht wurde.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Er ist gewissermaßen zum politischen Überflieger geworden,

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

zum politischen Überflieger von einer Stelle in A 13 auf eine Stelle in B 3. Welche fatale Wirkung muss diese Günstlingswirtschaft auf die vielen engagierten Beamtinnen und Beamten im Kultusministerium haben!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: In der Schule muss jeder auf eine Beförderung warten!)

(Guido Wolf)

Das ist die Politik des Gehörtwerdens gegenüber treuen politischen Weggefährten, meine Damen und Herren.

Herr Schmiedel, wenn Sie sagen, aktuell falle uns nichts anderes ein, dann sind wir gern bereit zu sagen: Das ist richtig. Zu dieser Landesregierung fällt uns aktuell nichts anderes ein.

(Heiterkeit bei der CDU)

In der Tat: Orientierungslosigkeit in der Verkehrspolitik, Orientierungslosigkeit in der Bildungspolitik. Das Einzige, was Sie planvoll tun, ist, Stellen zu schaffen. Dazu fällt uns etwas ein, und deswegen haben wir das hier zum Thema gemacht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber, Herr Kollege Schmiedel, wir sind gern bereit, Ihr Angebot aufzugreifen und in den anstehenden Beratungen über alle diese Stellen noch einmal nachzudenken. Das haben Sie hier ja angedeutet: Lasst uns darüber reden. Jawohl, wir reden darüber. Wir werden jede einzelne dieser Stellen, liebe Frau Kollegin Sitzmann, auf den Prüfstand stellen, nicht nur jede k.w.-Stelle, sondern auch jede dauerhaft eingerichtete Stelle.

(Abg. Ingo Rust SPD: Da bin ich aber gespannt!)

Wenn Sie dann zu erkennen geben, dass Sie bereit sind, diese kritische Diskussion mit uns ergebnisoffen zu führen, dann à la bonne heure, dann wäre das wirklich eine Politik des Gehörtwerdens. Bis jetzt lassen Sie diese Offenheit vermissen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Willi Stächele: Ich erteile im Rahmen der Aktuellen Debatte Frau Abg. Sitzmann das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beratungen zum Nachtragshaushalt haben noch gar nicht richtig begonnen. Bislang liegt ein Entwurf der Landesregierung vor. Selbstverständlich werden wir über diesen Nachtrag in der Ersten Beratung, im Finanzausschuss und in der Zweiten Beratung hier im Plenum intensiv diskutieren und dann im Landtag unsere Beschlüsse fassen. Das ist doch keine Frage.

(Abg. Guido Wolf CDU: Das machen wir dann!)

Das ist das übliche Verfahren. Es ist ein richtiges Verfahren, und so werden wir es auch in Zukunft halten.

Klar ist aber, dass Sie hier bei dieser Aktuellen Debatte mit sehr vielen Unterstellungen gearbeitet haben, die in keiner Weise zutreffen. Herr Kollege Rülke hat z. B. einen angemessenen Umgang mit dem Rechnungshof angemahnt. Ich kann Ihnen sagen, meine Damen und Herren: Wir haben in der Vergangenheit die Empfehlungen des Rechnungshofs sehr ernst genommen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In der Vergangenheit! Genau!)

und wir werden es auch in Zukunft tun, Herr Kollege Rülke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich möchte nur an die aktuelle Denkschrift erinnern. Vielleicht haben Sie sie schon auf Ihrem Schreibtisch gesehen. Da geht es u. a. um Sanierungsstaus bei Universitätsgebäuden. Da wird anhand von Bildern dargestellt, dass man an der Universität Heidelberg die Fenster nicht mehr öffnen kann, weil sonst Lebensgefahr besteht. Diese Sanierungsstaus werden wir abbauen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Und dazu nehmen Sie die zusätzlichen Stellen, oder wie?)

Auch darüber können wir beim Nachtragshaushalt diskutieren, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir werden also auch in Zukunft die Empfehlungen des Rechnungshofs ernst nehmen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nur nicht bei den Stellen!)

sie prüfen und darüber diskutieren. Das ist überhaupt keine Frage.

Wir haben auch keinerlei Misstrauen gegenüber den Beamtinnen und Beamten, die heute in den Ministerien arbeiten. Im Gegenteil: Wir schätzen sie, wir schätzen ihre Kompetenz. Aber es ist doch unbestritten, dass ich, wenn ich neue politische Schwerpunkte setze – ich habe schon Beispiele genannt, in welchen Bereichen wir das tun –,

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann haben Sie von uns immer Umschichtungen verlangt!)

auch neue Expertinnen und Experten brauche. Dieses Recht nehmen wir uns auch heraus, um die neue Politik auf den Weg zu bringen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Über 60 im Verkehrsministerium! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Fast 70 Stellen haben einen k.w.-Vermerk; so ist es angekündigt. Die anderen Stellen, die jetzt geschaffen werden, werden bis 2017 abgebaut, sodass es quasi neutral sein wird und es insgesamt nicht zu einer Erhöhung der Zahl der Stellen in den Ministerien kommen wird.

Vielleicht noch einmal zur Frage: Wo setzen wir Schwerpunkte? Das Integrationsministerium ist genannt worden. Wir haben enormen Aufholbedarf. Ich erinnere an viele Debatten, die wir in der letzten Legislaturperiode geführt haben. Wir haben seit Jahren gefordert, dass z. B. die Anerkennung der beruflichen Abschlüsse von Migrantinnen und Migranten endlich verbessert und auf den Weg gebracht wird. Unter dem ehemaligen Integrationsbeauftragten ist das nicht passiert. Das werden wir nachholen. Das ist ein wichtiger Schwerpunkt für Baden-Württemberg, ein Bundesland, das den höchsten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund unter den deutschen Flächenländern aufweist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lassen Sie uns insgesamt zu einer sachlichen Debatte zurückkehren. Dazu sind wir gern bereit. Wir haben einen klaren

(Edith Sitzmann)

Kompass, wohin wir wollen, welche neuen Schwerpunkte wir setzen wollen. Diese gelten z. B. in der Bildungspolitik. Wir wollen endlich, dass alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen haben, unabhängig davon, welcher Herkunft sie sind. Wir wollen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Niveauabsenkung!)

dass individuelle Förderung in den Mittelpunkt gestellt wird. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Wolf, wollen wir in Zukunft viele der Ideen, Ansätze und Vorstellungen ermöglichen, die in der Gesellschaft vorhanden sind. Das werden wir fördern. Ich hoffe dabei auf Ihre Unterstützung und auf eine konstruktive Auseinandersetzung.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Willi Stächele: Sehr geehrter Herr Kollege Schmiedel, Sie erhalten erneut das Wort. Bitte schön.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wolf, Sie haben gesagt, wenn eine Regierung wechsle, dann müssten ein paar politische Leitungsbeamte ausgetauscht werden; das wäre es dann.

Wir hatten im Jahr 2009 im Bund einen Wechsel. Es war ein Wechsel von Schwarz-Rot zu Schwarz-Gelb, also ein halber Regierungswechsel. Jetzt kommt die Frage: Wie viele Stellen hat diese neue, schwarz-gelbe Koalition neu geschaffen: 200, 400 oder 800?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: 800! – Zurufe von der SPD: 800! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Dann quillt es ja über beim Sommerfest!)

Neue Schwerpunkte brauchen auch neue Beamte. Wenn wir konstruktiv miteinander reden, dann geht das nur auf einer Ebene: Sie akzeptieren, dass es eine neue Regierung und eine neue Mehrheit mit neuen Schwerpunkten gibt. Dafür ist die Regierung gewählt. Dann können wir darüber reden, ob die Anzahl von Beamten zur Umsetzung dieser Schwerpunkte angemessen ist.

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau! 59 im Verkehrsministerium! 59 im Verkehrsministerium!)

Aber worüber wir nicht reden können, ist die Tatsache, dass es neue Schwerpunkte in der Landespolitik von Baden-Württemberg gibt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann haben Sie den Kollegen Zeller persönlich auf diffamierende Art und Weise angegriffen. Ich weise das entschieden zurück. Herr Zeller hat es überhaupt nicht nötig, sich versorgen zu lassen. Wissen Sie, was Sache ist? Er könnte zwei Jahre lang monatlich 5 700 € Übergangsgeld kassieren und auf dem Bodensee segeln.

(Abg. Helen Heberer SPD: So ist es!)

Er arbeitet momentan zwölf Stunden pro Tag – aktuell in A 13 –, um Schulreformen voranzubringen, die Sie jahrelang blockiert haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wissen Sie überhaupt, dass jeder Lehrer zwei Jahre wartet, wenn eine neue Stelle besetzt wird, bevor er befördert wird? Das ist ja Hohn und Spott, was Sie hier erzählen!)

Es ist doch völlig klar: Wenn Sie alle von Schulen gewünschten Reformen ablehnen, dann reicht es, wenn Sie dem Pförtner im Ministerium einen Stempel in die Hand drücken: „Abgelehnt“. Dann brauchen Sie gar niemanden. Wenn Sie aber Veränderung wollen, brauchen Sie Personal, damit die Veränderung gut vonstattengeht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist Hohn und Spott für jeden Lehrer, was Sie da machen! Hohn und Spott!)

Wir alle wollen Erfolge, und deshalb ist diese Stabsstelle überfällig. Wir brauchen sie.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Am 27. März ist eine über 50-jährige Herrschaft der CDU beendet worden.

(Abg. Peter Hauk CDU: War das eine Herrschaft? Sorry! Es gab Wahlen! Jede Wahl war eine Bestätigung! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Seit 50 Jahren haben wir mehr Stimmen erhalten! – Abg. Thomas Blenke CDU: Eine Beleidigung des Volkes, das jedes Mal gewählt hat! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

50 Jahre CDU-Filz, 50 Jahre Partei-, Personal- und Vetterleswirtschaft.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt wollen wir wissen, wer Kasperletheater macht! Das wollen wir jetzt wissen!)

Wenn wir jetzt im Laufe von fünf Jahren

(Abg. Volker Schebesta CDU: Von 50 Tagen!)

einen leichten Ausbau haben, der nach fünf Jahren wieder auf null gebracht wird, dann heißt das: 50 Jahre CDU werden in fünf Jahren herausgeschwitzt. Schneller geht es leider nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Röhm?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn Sie nicht gleich blinken, ja. Das befürchte ich nämlich.

Präsident Willi Stächele: Ich werde eine gerechte Verteilung der Zeit vornehmen, Herr Abg. Schmiedel.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Er möchte unbedingt noch etwas zum Straßenbau sagen!)

Bitte schön, eine Zwischenfrage.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Kollege Schmiedel, folgende Frage: Wie sehen Sie den Fall Zeller angesichts folgender Tatsache

(Abg. Helen Heberer SPD: „Fall Zeller“? Was?)

(Karl-Wilhelm Röhm)

– den Fall Zeller; ich möchte es ganz bewusst so nennen –?: Jemand, der sich auf eine Schulleiterstelle bewirbt und in A 15 am Gymnasium eingruppiert ist, muss anderthalb Jahre warten, bis er gegebenenfalls in die Besoldungsgruppe A 16 eingewiesen werden kann. Wie wirkt eine Beförderung, ein Sprung von A 13 nach B 3 auf Menschen, die in der Schule tätig sind? Können Sie mir das einmal erklären?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und so jemand ist auch nicht abgewählt worden! – Abg. Peter Hauk CDU: Oder bleibt er auf A 13?)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Es gibt keinen „Fall Zeller“. Herr Kollege, Sie wissen, dass politische Stellen anders besetzt werden als Laufbahnstellen. Das ist keine Laufbahnstelle.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der braucht es ja gar nicht! Wie wirkt das auf andere?)

Wir haben uns auseinandergesetzt, aber persönliche Diffamierungen weggelassen. Sonst hätten wir damals von einem „Fall Drautz“ sprechen können. Der ist von null auf B 9 gekommen. Politische Besetzung!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir können nicht darüber diskutieren, ob wir eine solche Stelle brauchen. Das können wir nicht. Sie werden nicht in Abrede stellen, dass der Kollege Zeller die Erfahrung aus dem aktiven Schuldienst und auch aus der schulpolitischen Diskussion mitbringt, um eine solche Stelle erfolgreich zu leiten. Sie wollen diskreditieren, dass wir überhaupt Schulreformen machen. Darauf lassen wir uns nicht ein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dazu braucht man aber nicht B 3! Da reicht A 13!)

Sie sagten, es sei kein Klamauk gewesen, was Sie gerade veranstaltet haben. Bei Ihnen und übrigens auch bei Herrn Rülke gab es durchaus klamaukhafte Passagen.

(Unruhe)

Sie sagten, der Finanz- und Wirtschaftsminister gehe angesichts der neuen Stellen, die wir in der Finanzverwaltung schaffen, in seiner Rolle als Wirtschaftsminister in die Unternehmen, um hinterher als Finanzminister dann die Finanzprüfer zu schicken.

(Abg. Guido Wolf CDU: Es hat Sie getroffen!)

Damit sind Sie nahe an dem, was Herr Kollege Rülke sinngemäß gesagt hat: Solange es einen Länderfinanzausgleich gibt, so lange müssen es die Unternehmen nicht so ernst mit den Steuern nehmen; dann ist es doch besser, sie halten ihr Geld im Betrieb, anstatt ihre Steuerpflicht zu erfüllen. Ich finde das ungeheuerlich: Sie ermutigen zur Steuerhinterziehung! Das ist unglaublich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie einen Strich unter das gesamte Personaltableau machen, erkennen Sie, dass damit die ehrlichen Steuerzahler spa-

ren und die Gewinner sind. Die Verlierer sind dann diejenigen, die Steuern hinterziehen. Die jetzige Situation werden wir beenden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Willi Stächele: Es gibt eine weitere Wortmeldung des Herrn Abg. Dr. Rülke. Sie haben noch Redezeit. Bitte schön.

(Zuruf von der CDU: Jetzt wird es interessant!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte war ein nachhaltiger Beleg dafür, wie die neue Koalition funktioniert: Frau Sitzmann hat dazu aufgefordert, sachlich zu reden; Herr Schmiedel hat dies eingehalten.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

Herr Minister Schmid, Sie haben gefordert, man solle einer neuen Landesregierung die Möglichkeit zugestehen, entsprechendes Personal für die politische Leitungsebene vorzuhalten. Das tun wir durchaus. Aber ich weiß nicht so recht, ob man im Verkehrsministerium 59 Stellen für die politische Leitungsebene braucht.

(Lachen des Abg. Guido Wolf CDU)

Das ist schon etwas heftig ausgefallen. Aus meiner Sicht sollten Sie die Hinweise des Rechnungshofs ernster nehmen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bauzäune stabilisieren!)

Es stellt sich auch die Frage, warum der Ausgleich bis 2017 erfolgen soll. Diese Frage habe ich bereits in der vorangegangenen Runde aufgeworfen. Sie haben darauf keine Antwort gehabt.

Offensichtlich ist es so – Sie haben es im Grunde angedeutet –: Sie als neue Landesregierung müssen sich jetzt einarbeiten. Damit dies funktioniert, brauchen Sie neue Stellen. Offenbar dauert diese Einarbeitungszeit aber sechs Jahre. Dann können Sie beginnen, diese Stellen wieder abzubauen.

(Minister Dr. Nils Schmid: Bis dahin haben wir sie abgebaut!)

– Gut, wir werden sehen, ob Sie sie bis dahin abgebaut haben. Es freut mich, dass Sie noch immer so viel parlamentarisches Blut haben, dass Sie Zwischenrufe von der Regierungsbank tätigen.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Auch freut mich, dass Sie angekündigt haben, die Hinweise des Rechnungshofs ernst zu nehmen. Bisher haben Sie zumindest im Personalbereich noch nicht damit angefangen. Wir werden Sie daran messen. Wir wären froh, wenn konkret etwas kommt.

Frau Kollegin Sitzmann hat angedeutet, man nehme den Rechnungshof ernst, indem man beispielsweise dessen Hinweise bezüglich der Bekämpfung des Sanierungsstaus umsetze. Aber, Frau Kollegin Sitzmann, ich bin mir nicht ganz sicher,

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

ob der Rechnungshof es so gemeint hat, wie Sie es vorhaben. Der Rechnungshof meint wohl kaum, man müsse neue Schulden machen, um gegen den Sanierungsstau vorzugehen. Wahrscheinlich hat er es, bezogen auf den Haushalt, etwas anders gemeint.

Zusammenfassend kann man bei all dem, was Sie, Herr Kollege Schmid, über Ihren Nachtragshaushalt in Pressekonferenzen und Landtagsdebatten bisher haben verlauten lassen, an eine Äußerung anknüpfen, die Sie getätigt haben. Sie haben Shakespeare zum Thema Heuchelei zitiert. Shakespeare hat noch mehr gesagt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! – Abg. Alfred Winkler SPD: „Viel Lärm um nichts“!)

In Bezug auf das, was Sie bisher zur Finanzpolitik zu bieten haben, kann man es eher mit Hamlet halten: Das Ganze ist „von des Gedankens Blässe angekränkelt“.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind sehr belesen, Herr Kollege!)

Präsident Willi Stächele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 1 vor. Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Bevor wir zu Tagesordnungspunkt 2 übergehen, gestatten Sie mir noch einmal folgende Bitte. Wie Sie wissen, liebe ich die leidenschaftliche Debatte sehr. Aber aus den einzelnen Zwischenrufen darf kein Chor werden. Denn ein solcher Chor hat einen Nachteil: Auf den Zuschauerrängen und für die Zuhörer sind die Ausführungen der Redner sehr schwer zu verstehen. Also: Ja zur Leidenschaftlichkeit, zum klugen punktuellen Zwischenruf. Dieser geht ins Protokoll und in die Geschichte ein.

(Heiterkeit bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Aber ermöglichen Sie es, dem Redner oder der Rednerin zuzuhören. – Danke schön.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Chancen des Ökolandbaus in Baden-Württemberg nutzen – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Wem von der Fraktion GRÜNE darf ich dazu das Wort erteilen? – Bitte schön, Herr Kollege Hahn.

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste des Hauses! Wir als Agrarpolitiker sind ja für eine große Familie zuständig, worunter sich einiges subsumieren lässt. Ein großer Teil ist natürlich unsere bäuerliche konventionelle Landwirtschaft. Sie ist eine oder die tragende Säule der Agrarstruktur in Baden-Württemberg; das bleibt unbenommen. Aber sie befindet sich, um beim Bild zu bleiben, in einer Midlife-Crisis, die sie noch nicht ganz überwunden hat. Die Preise stimmen zu wenig. Die Entwicklung ist nicht so, wie wir es uns wünschen.

Das Nächste, was sich derzeit im Agrarbereich prosperierend entwickelt, ist der Biogasbereich. Aber ich als Agrarpolitiker und, wie ich meine, auch viele in der Union betrachten das,

was da wächst, als pubertäre Fehlentwicklung. In diesem Bereich muss einiges passieren, um die Entwicklung in neue und andere Bahnen zu lenken. Hierfür gibt es bereits gemeinsame Ansätze.

Aber wir haben auch einen „Jüngling“ – so nenne ich es politisch einmal; wir können auch von einer jungen Braut sprechen oder wie auch immer Sie es bezeichnen wollen –, der alles hat, was man sich wünscht: Der ökologische Landbau ist zurzeit mit den besten Genen ausgestattet, ist ökologisch korrekt im Auftreten, bietet gesunde und wohlschmeckende Produkte, ist reich an Erfahrung, blickt auf eine jahrhundertealte Tradition zurück. Geboren ist er eher als Mägerling und wird von manchem Politiker durchaus als Kuckucksei bewertet. Aber er entwickelt sich.

Unser Jüngling hat die Krise im Jahr 2009 erstaunlich gut gemeistert. Durch die Wirtschaftskrise 2009 ist der ökologische Landbau ohne Umsatzverluste gegangen, auch ohne Verluste im normellen Bereich. Das Wachstum wurde gehalten – zwar auf niedrigem Niveau, aber es ist dennoch voll präsent. Im Jahr 2009 lag das Betriebsergebnis je Vollarbeitskraft im ökologischen Landbau um 5 000 € höher als im konventionellen Bereich. Ich glaube, das sind Zahlen, die für diese Sache sprechen und die für uns auch maßgebend sein sollten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Vor allem – das ist mir ganz wichtig – ist der ökologische Landbau mit dem ausgestattet, was in dieser Branche am wichtigsten ist, nämlich mit jeder Menge Markt: Markt für die Zukunft, Märkte, die wir gemeinsam mit den Verbrauchern im Land entwickeln, die die Firmen in Baden-Württemberg entwickeln. Über 6 % der landwirtschaftlichen Flächen Baden-Württembergs werden ökologisch bewirtschaftet: 1 Milliarde bis 1,3 Milliarden € beträgt der Gesamtumsatz, wovon leider noch viel zu wenig in Baden-Württemberg generiert wird. Dabei geht es leider nicht nur um Bananen und Orangen, also um Produkte, bei denen es seit jeher schwierig ist, diese bei uns zu produzieren. Vielmehr liegt das vor allem auch daran, dass Produkte aus dem europäischen Ausland eingeführt werden, die auch bei uns hätten angebaut werden können. Wir sind jedoch in unserem Land etwas verhalten, fast ein wenig schamhaft mit dem ökologischen Landbau umgegangen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Was wir haben – das ist das, was uns stärkt –, sind Verbraucher, die nach diesen Produkten suchen. Wir haben Anbieter – von großen Lebensmittelketten bis hin zum Bioladen –, die sich mit regionalen agrarwirtschaftlichen Produkten profilieren und für die Zukunft auch ihr Werden und ihr Sein damit verbinden. Sie sagen: Die Regionalisierung der Agrarwirtschaft kommt. Sie wird auch im konventionellen Bereich kommen. Darauf setzen wir. Denn das wird die Zukunftschance für baden-württembergische Agrarbetriebe sein, um sich neu zu positionieren und zu profilieren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

1 500 verarbeitende Betriebe im Land Baden-Württemberg mit mehreren Tausend Arbeitsplätzen im nachgelagerten Be-

(Martin Hahn)

reich – ich denke, das sind wichtige Signale, die in Zeiten des Strukturwandels in der gesamten Landwirtschaft helfen, die Strukturen im ländlichen Bereich aufrechtzuerhalten und zu ergänzen. Ich glaube, der ökologische Landbau ist ein zentrales Element unseres ländlichen Raums in Baden-Württemberg, und es ist wichtig, ihn zu unterstützen.

Solche dynamischen Entwicklungen lassen die Augen von Volkswirtschaftlern und Ökonomen natürlich gewissermaßen glänzen. Wir können sozusagen auf einen Wachstumsmarkt schauen und einen Wachstumsmarkt entwickeln, der seinesgleichen sucht. In absoluten Zahlen, was Größe und Dimension betrifft, sind wir noch nicht so weit, wie wir uns dies wünschen würden. Aber die Entwicklungsdynamik – darum geht es im ökonomischen und im volkswirtschaftlichen Bereich – sucht ihresgleichen. Wir als Politiker sollten diesen Prozess für uns vereinnahmen und entsprechend mitgestalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich denke, ökologische Landwirtschaft kann und wird im ländlichen Raum zukünftig wichtige Funktionen übernehmen; das tut sie schon heute. Darum war es richtig, dass das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zugesagt hat – das war einer seiner ersten „Aufschläge“ –, die Umstellungsförderung im Bereich MEKA aufrechtzuerhalten. Es hat der Branche signalisiert: „Wir wollen diese Förderung weiterhin. Diese Märkte sind Zukunftsmärkte für Baden-Württemberg, und wir wollen sie sichern.“

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Genauso wichtig wird es aber sein, dass wir – damit meine ich Sie und mich, uns gemeinsam – dafür werben, dass mehr Bäuerinnen und Bauern umstellen. Damit sorgen wir dafür, dass die Zukunftsmärkte für Baden-Württemberg besetzt werden, dass die Einkommen unserer bäuerlichen Betriebe gesichert und ausgebaut werden können. Damit können Sie und ich als Verbraucher und als Politiker über den Einkauf und das Essen eine positive Zukunft unseres Landes und unserer Heimat gestalten.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Willi Stächele: Im Rahmen der Aktuellen Debatte erhält nun Herr Abg. Traub für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Abg. Karl Traub CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion möchte zu dieser Aktuellen Debatte sehr gern einen Beitrag leisten und eine Stellungnahme abgeben.

Über den Ökolandbau in den vergangenen Jahren gibt es in der Tat sehr viel Positives zu berichten. Zunächst ist eine kurze Bestandsaufnahme angesagt. Mein Vorredner, Kollege Hahn, hat über den Stand des ökologischen Landbaus gerade sehr viel Positives gesagt. Wir wollen sehen, was Sie, Herr Minister Bonde, und ihre Kollegen in der Zukunft bei diesem Thema sagen, was Sie im einen oder anderen Fall vielleicht anders einschätzen als wir und wie Sie vorgehen wollen.

Einige von Ihnen stehen auf dem Standpunkt, in der Vergangenheit sei für den ökologischen Landbau nicht genug getan

worden. Die Fakten sprechen aber eine andere Sprache. In den letzten Monaten wurde jedoch sehr vieles heruntergeredet und anders kommuniziert als bisher.

Deshalb darf ich festhalten: Nach den aktuellen Zahlen des zuständigen Bundesministeriums liegt Baden-Württemberg in der Relation mit 6 368 ökologisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betrieben bei einer Gesamtzahl von rund 45 000 landwirtschaftlichen Betrieben nach Bayern auf einem hervorragenden zweiten Platz. Der Anteil der Ökobetriebe an allen landwirtschaftlichen Betrieben beträgt in Baden-Württemberg somit über 14 %. Nur in Mecklenburg-Vorpommern ist dieser Anteil größer. Beinahe jeder dritte Ökobetrieb in Deutschland – 29 % – hat seinen Sitz in Baden-Württemberg.

So schlecht kann die bisherige Politik im Land zu diesem Thema also nicht gewesen sein. Wir sind schon immer für ein gleichberechtigtes und von gegenseitigem Respekt getragenes Miteinander der verschiedenen Bewirtschaftungsarten im ländlichen Raum eingetreten.

Wahlfreiheit für den Verbraucher korrespondiert dabei mit der freien Entscheidung der Bäuerinnen und Bauern, wie sie produzieren möchten. Dabei haben konventioneller und ökologischer Landbau auch vieles gemeinsam. Beide müssen ihre Stellung auf dem deutschen, auf dem europäischen und neuerdings auch auf dem globalen Markt behaupten. Beide sorgen dafür, dass unser Land flächendeckend bewirtschaftet wird und so die Kulturlandschaft erhalten bleibt.

Wir in Baden-Württemberg sind bei der Erzeugung von Bio-Produkten, wie dargelegt, in einer guten Position. Wir sehen aber auch, dass der Bedarf an Biolebensmitteln – auch das muss besonders betont werden – nicht vollständig mit Produkten aus heimischer Herstellung gedeckt werden kann.

Auch angesichts dieser Nachfrage mag es für viele Betriebsinhaber wirtschaftlich interessant sein, auf ökologische Produktion umzusteigen. Dabei ist jedoch nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit auch zu bedenken, dass für eine Betriebsumstellung immer eine Vorlaufzeit von zwei bis drei Jahren erforderlich ist. Die aktuelle Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe beruht demnach auf den unternehmerischen Entscheidungen von vor zwei oder drei Jahren.

Auch für die Zukunft gilt, dass ein Landwirt, der sich für den ökologischen Landbau entscheidet, mittelfristig immer Umstellungsrisiken einkalkulieren und darauf achten muss, dass der Betrieb wirtschaftlich auf gesunden Füßen steht und stehen bleibt.

Spezielle Marketingmaßnahmen des Lebensmitteleinzelhandels und die breite Aufnahme von Bioprodukten in die Sortimente, auch in die der Discounter, machen die gesteigerte Nachfrage sehr deutlich.

Unsere Fraktion sieht daher im ökologischen Landbau weiter gutes Potenzial für die Zukunft. Entsprechend sollten die sehr erfolgreichen Förderverfahren in unserem Land auch unter den neuen Rahmenbedingungen fortgesetzt werden. Über die Verfahren zum Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich, kurz MEKA, wurden in den letzten Jahren erhebliche Summen an die ökologisch wirtschaftenden Betriebe ausbezahlt. Noch im letzten Dezember haben wir dafür die Mittel im MEKA entsprechend verstärkt. Ca. 6 Millionen € wurden

(Karl Traub)

zusätzlich kurzfristig eingestellt. Dies war trotz der damaligen Haushaltssituation, die erheblich schwieriger war als die heutige, möglich. Somit können Landwirte, die es möchten, in diesem Jahr auf ökologische Bewirtschaftung umsteigen.

Ich nenne nur noch ein paar wenige Schlagworte: Es gab bereits in der Vergangenheit zahlreiche Marketingaktivitäten, z. B. Werbung auf der Grünen Woche und auf anderen Messen. Hier leistet die MBW hervorragende Arbeit, auch nach dem Motto „Schmeck den Süden“. Das Land hat also viele Fördermöglichkeiten. Beratungsdienste, die auf ökologischen Landbau spezialisiert sind, kommen hinzu. Gefördert wurden die Kennzeichnung von Bioprodukten und andere Vermarktungsaktivitäten wie der ÖKO-SOMMER mit erfolgreichen Präsentationen in der Öffentlichkeit. Viele landwirtschaftliche Betriebe und Verarbeitungsbereiche stellen sich unter ein gemeinsames Dach und werben für diese Produkte. Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit sind entscheidend, wenn das Vertrauen der Verbraucher gewonnen oder erhalten werden soll.

Baden-Württemberg führt als einziges Bundesland ein spezielles Untersuchungsprogramm für Ökolebensmittel durch, das Ökomonitoring. Denn es kommt schon darauf an, dass da, wo „öko“ draufsteht, auch öko drin ist. Beim Ökomonitoring findet eine systematische Rückstandsuntersuchung z. B. auch auf Pflanzenschutzmittel und Schadstoffe mit dem Ziel statt, mögliche Verbrauchertäuschungen besser und schneller zu erkennen. Die bisherigen Ergebnisse stellen unseren Bioerzeugern gute Noten aus. Auch ausländische Produkte – das darf man betonen – werden gezielt kontrolliert. Bei der Präsentation der aktuellen Ergebnisse vor wenigen Tagen hat sich gezeigt: Heimische Produkte stehen hervorragend da.

Schließlich nenne ich die zahlreichen Forschungsprojekte an unseren Universitäten und in den Landesanstalten im Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Entscheidend kommt es aber auch darauf an, vorhandene Mittel, Möglichkeiten und Beratungsaktivitäten an den richtigen Stellen gezielt einzusetzen. Das Land fördert über den MEKA den Ökolandbau hinreichend und berücksichtigt auch viele Umweltmaßnahmen der über 85 % konventionellen Betriebe.

Auch künftig gilt es, die nach wie vor ganz überwiegende Zahl der konventionell wirtschaftenden Unternehmen im Blick zu behalten. In keinem Fall dürfen diese Betriebe auf ein Abstellgleis geschoben werden. Denn auch hier geht es um viele Betriebe und viele Familien.

Letztendlich wird die Frage des richtigen Verhältnisses zwischen konventioneller und ökologischer Produktion auch durch die Konsumenten, am Kaufregal, entschieden. Durch das Kaufverhalten erweist sich, ob die höheren Standards unserer heimischen Betriebe tatsächlich honoriert werden. Daran sollten wir auch in Zukunft gemeinsam arbeiten; darauf kann man gespannt sein. Wir werden die weitere Entwicklung abwarten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Willi Stächele: Im Rahmen der Aktuellen Debatte erteile ich nun Herrn Abg. Winkler für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Aktuelle Debatte über die Chancen des Ökolandbaus soll dazu dienen, darüber nachzudenken, wie die Entwicklungen in diesem landwirtschaftlichen Bereich zukünftig gefördert oder eben verhindert werden können. In welche Richtung entwickelt sich die Landwirtschaft tendenziell?

In der Landwirtschaft gibt es immerhin drei Wachstumsmärkte, die eigentlich überhaupt erst in den letzten zehn Jahren entstanden sind. Ein wichtiger Wachstumsmarkt ist der Export, ein weiterer sind die Bioenergien. Der dritte wesentliche Wachstumsmarkt ist die ökologische Landwirtschaft. Das wissen wir schon seit Längerem, und daher stellt sich die Frage: Wie können wir dies unterstützen?

Der Ökolandbau benötigt ebenso viel Unterstützung wie die konventionelle Landwirtschaft oder auch etwas mehr. Am wichtigsten ist die Unterstützung der ökologischen Landwirtschaft in der Phase der Umstellung von der konventionellen hin zur ökologischen Ausrichtung.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Hier gehen jeweils einige Jahre ins Land, bis die Umstellung abgeschlossen ist und man wieder Erträge verbuchen kann.

Die Ökolebensmittel sind heute Werbeschlager beim Discounter. Aldi legt Sonderprospekte über ökologische Lebensmittel auf.

(Abg. Peter Hauk CDU: Und mit Sonderpreisen!)

Die Steigerungsraten bei den ökologisch produzierten Lebensmitteln und deren Wachstumspotenziale ergeben sich hauptsächlich aus deren Verkauf durch Discounter und Vollsortimenter wie etwa Rewe. Der Anbieter Plus war der allererste Discounter, der in seinen Regalen Ökoprodukte geführt hat. Der Chef von Plus, Herr Hürter, hat einmal gesagt, der Biomarkt sei ein Käufermarkt und kein Verkäufermarkt.

In Deutschland ist der entsprechende Umsatz inzwischen auf 4 Milliarden € gestiegen; europaweit beträgt er 15 Milliarden €. Dabei wird der Zuwachs bei den Ökoprodukten hauptsächlich aus dem Ausland bestritten. Die Fläche für den Ökolandbau ist in Deutschland in den letzten sechs bis acht Jahren um ca. 10 bis 18 % angewachsen. Davon hat Baden-Württemberg jedoch am geringsten profitiert.

(Zurufe von den Grünen)

Eine Zeit lang gab es bei uns Stillstand, weil beispielsweise die Förderung der Umstellung durch das MEKA-Programm ausgefallen ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das haben andere besser gemacht. Der Marktstand mit Bioprodukten, der lange Zeit im hinteren Abschnitt des Wochenmarkts als Geheimtipp für Müslifreaks zu finden war, ist längst im Zentrum der großen Lebensmittelgeschäfte und im Zentrum des Verbraucherinteresses angekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Warum ist das so? Biolebensmittel weisen weniger Rückstände auf, sie sind gesünder, sie sind natürlich, und sie haben mehr Geschmack. Es ist also nicht nötig, wie es zurzeit

(Alfred Winkler)

krampfhaft versucht wird, über den Weg gentechnischer Veränderungen Tomaten wieder ihren Tomatengeschmack zurückzugeben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Aber wir wissen, dass Bioproduzenten keine höheren Erträge als konventionelle Erzeuger erwirtschaften. Sie haben höhere Aufwendungen, und der Ertrag, der sich in der Summe ergibt, weist keine wesentlichen Unterschiede zu konventionellen Erzeugern auf.

Die Fläche für den Ökolandbau liegt in Baden-Württemberg mit 6,7 % etwas über dem Bundesdurchschnitt. Damit ist Baden-Württemberg aber leider dennoch unter den Chancen und Möglichkeiten geblieben, die bestanden hätten. Daran schuld waren in den vergangenen Jahren die MEKA-Programme und deren Auszahlungspraxis. Sobald die Programmmittel abgeschöpft waren, gab es für diejenigen, die ebenfalls noch umstellungswillig waren, kein Geld mehr. Sie mussten dann erst einmal wieder warten. Dies haben wir mehrfach erlebt, und es hat sich als kolossale Bremse für die Weiterentwicklung und die Ausweitung der Ökobetriebe erwiesen. Das war schade. Wir hätten das vermeiden können.

Es geht darum, weder Druck noch Zwang ausüben zu wollen. Ökolandbau erfolgt freiwillig. Ökolandbau ist eine emotionale Angelegenheit für Landwirte. Ökolandbau ist mit Überzeugung verbunden. Das soll auch so bleiben. Ökologischer Landbau soll für die Landwirte eine Alternative, eine Option sein. Jeder, der diesen Weg beschreiten will, soll diesen Weg beschreiten können. Dazu soll er von uns die dafür notwendige und gerechtfertigte ökonomische Unterstützung erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich habe eigentlich gar keine Redezeit mehr. Stimmt das?

(Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es ist das Wesentliche gesagt!)

Präsident Willi Stächele: Sie haben noch Redezeit, Herr Kollege. Sie dürfen auch die Redezeit des nachfolgenden Redners in Anspruch nehmen.

Abg. Alfred Winkler SPD: Ich habe mir noch ein Thema notiert, das mit ökologischem Landbau und der weltweiten Ernährung in der Zukunft zusammenhängt. 30 % bis 40 % der Energie, die unsere Pflanzen, hauptsächlich unsere Futterpflanzen, liefern, werden diesen Pflanzen zunächst einmal per Kunstdünger zugeführt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was ist Kunstdünger?)

Die Herstellung von Kunstdünger ist die energieintensivste Form der Düngerherstellung. Kunstdünger ist nur mit großem Energieaufwand herzustellen. Wenn Energie in Zukunft teurer wird, dann wird auch die Herstellung von Kunstdünger teurer. Außerdem wird es teurer, den Pflanzen Kunstdünger zuzuführen, um die Erträge zu steigern. Der Landwirt kommt also an die Grenze, wegen der Kosten von zusätzlichem Kunstdünger auf höhere Erträge zu verzichten. Das bedeutet, die Erträge in der Landwirtschaft gehen zurück, weil wir uns teuren Kunstdünger, der mithilfe teurer Energie hergestellt wor-

den ist, nicht leisten können. Das sagen Ernährungsexperten schon heute. Wir wissen außerdem, dass vom Kunstdünger keine Leistungssteigerung mehr zu erwarten ist.

Was bedeutet das? Ich möchte es am Beispiel der Milchleistung veranschaulichen. Ungefähr 40 % der Energieleistung – des Futters – von Kühen werden „von außen“ zugeführt, kommen also aus dem Ausland. 60 % des Futters kommen von hier. Das Futter aus dem Ausland, das den Kühen zugeführt wird, führt zu einer Milchleistung von 8 000 bis 9 000 Litern pro Jahr. Damit ist eine Grenze erreicht, jenseits derer die Milchviehhaltung unter Tierschutzaspekten kaum noch vertretbar ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: 12 000 Liter!)

Wenn wir diesen Weg weitergehen, werden wir an eine Grenze kommen. Das ist vergleichbar mit Doping. Das olympische Prinzip – schneller, höher, weiter – gilt bei Tieren und in der Natur insgesamt nicht.

Deshalb sagen Ernährungsexperten, dass die ökologische Landwirtschaft in der Zukunft die Landwirtschaft sein wird, die als Einzige ohne große Mengen von Kunstdünger und damit ohne große Mengen von zukünftig teurer Energie auskommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

In Zukunft werden wir die ökologische Landwirtschaft nicht nur unter dem Blickwinkel gesunder Nahrungsmittel betrachten, sondern auch unter dem Blickwinkel der sicheren Nahrungsmittelherstellung weltweit. Wenn wir das schon heute unter diesem Gesichtspunkt betrachten, dann sind wir bereits ein Stück weiter. Diesen Schritt müssen wir aber noch machen. So weit sind unsere Verbraucher noch nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Willi Stächele: Für die FDP/DVP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Winkler, der Begriff Kunstdünger hat nichts mit Kunst zu tun. Vielmehr handelt es sich um Mineraldünger. Wer in der Berufsschule von Kunstdünger spricht, der sollte lieber einen anderen Beruf ergreifen.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Völlig daneben!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der ökologische Landbau hat in Baden-Württemberg eine sehr lange Tradition. Wenn die Fraktion GRÜNE heute fordert, die Chancen des ökologischen Landbaus zu nutzen, dann ist es sicher gut, darüber einmal am Vormittag eines Plenartags zu diskutieren. Das ist jedoch wahrlich nichts Neues; denn Baden-Württemberg hat diese Traditionen. Wer das nicht glaubt, der sollte sich einmal kundig machen. Bereits vor 50 Jahren wurden in der Bauernschule Hohenlohe in Weckelweiler Kurse dazu abgehalten. Das wissen auch Sie, Herr Kollege Hahn, sehr genau. Baden-Württemberg ist das Pionierland des ökologischen Landbaus schlechthin, und zwar schon seit sehr langer Zeit; zu Anfang gab es die Grünen noch nicht.

(Dr. Friedrich Bullinger)

Die praktisch ausgebildeten Landwirte müssen wissen: Man kann auch im ökologischen Landbau Fehler machen. Auch hier gilt das, was Paracelsus von Hohenheim klar und deutlich gesagt hat, nämlich: Die Dosis macht's. Auch im ökologischen Landbau kann es Überdüngung geben, auch dort kann man etwas falsch machen.

Meine Damen und Herren, in Baden-Württemberg wurde, wie gesagt, Pionierarbeit im ökologischen Landbau geleistet, und es wurde auch Geld damit verdient. Unsere Landwirte haben damit nicht auf einen grünen Minister gewartet, sondern sie haben – nun bereits in der zweiten und dritten Generation – die Höfe umgestellt, zum Teil mit Hofläden, mit Ökolandbau, mit Direktvermarktung. Das alles ist nichts Neues.

Baden-Württemberg war auch das erste Bundesland, das den ökologischen Landbau gezielt finanziell unterstützte. Auch hierzu bedurfte es keines grünen Ministers. Ich darf Sie nur daran erinnern: Als Gerhard Weiser dies schon unterstützte, da haben andere erst noch sinngemäß „gegoogelt“ – obwohl es damals Google noch gar nicht gab –,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist ein Widerspruch in sich!)

um zu erfahren, wer eigentlich Rudolf Steiner ist und was er zum ökologischen Landbau gesagt hat.

Meine Damen und Herren, die Förderung des ökologischen Landbaus erfolgt in Baden-Württemberg zum einen über die Agrarumweltprogramme wie das MEKA, zum anderen gibt es weitere Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung. Was die Vermarktung angeht, sind die Ökolandbaubetriebe mit anderen landwirtschaftlichen Unternehmen gleichberechtigt.

Übrigens: Greening kann Europa in Baden-Württemberg lernen – so viel zur aktuellen Agrarpolitik.

Wollen Sie jedoch industrielle Landwirtschaft anschauen, dann müssen Sie in andere Bundesländer gehen. Ich nenne hier nur einmal Nordrhein-Westfalen. Man sollte nicht vergessen, wer dort über 50 Jahre regiert hat.

Wer hingegen eine flächendeckende umweltschonende Landwirtschaft sehen möchte, ist bei uns in Baden-Württemberg richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Baden-Württemberg war auch das erste Bundesland, das zusammen mit den Ökoverbänden – ich betone: zusammen mit den Ökoverbänden – ein Gütezeichen für baden-württembergische Bioprodukte geschaffen hat: das Bio-Zeichen Baden-Württemberg.

Sie sehen, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, unser Bundesland ist bei der Entwicklung des ökologischen Landbaus vornewegmarschiert.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Gewesen!)

– Warten Sie einmal. – Noch vor 20 Jahren war der Biomarkt ein Nischenmarkt mit einem Anteil von weniger als 0,5 %; wir haben es gerade gehört. Zwischenzeitlich wirtschaftet ein erheblicher Teil der Betriebe in diesem Bereich. Allein in den

letzten acht Jahren hat sich die ökologisch bewirtschaftete Fläche verdoppelt.

Ich freue mich, dass die grundsätzliche Bereitschaft in der Bevölkerung besteht, mehr für Lebensmittel – Mittel zum Leben – auszugeben. Allerdings – das ist, glaube ich, wichtig zu wissen – klafft die Lücke zwischen der Absichtserklärung und dem tatsächlichen Kaufverhalten an der Ladentheke leider noch viel zu weit auseinander.

Ich sage auch: Es geht auch darum, dass man noch viel mehr in der Aufklärung und in der Bildung tut, als man bisher getan hat. Dies muss über die Arbeit in den Bildungszentren und Ernährungszentren hinausgehen – gegen die Sie damals übrigens waren, wenn ich es richtig weiß.

Noch sitzt der Geldbeutel bei Auto, Freizeit, elektronischen Medien oder Sonstigem viel lockerer als bei der Grundversorgung, der Ernährung. Hier muss sich etwas ändern.

Bedauerlicherweise können meines Erachtens auch immer weniger junge Menschen mit diesem Thema umgehen. Das ist, glaube ich, mit eine Ursache dafür, dass wir uns in eine „Mikrowellenkultur“ hineinmanövriert haben.

Deshalb sage ich, Frau Kultusministerin: Ich bin der Auffassung – sehr konservativ, nicht nur, weil ich selbst gern koche –, Kochen und Hauswirtschaft gehören wieder in die Schulen. Denn damit lernt man für das Leben, und auch das gehört in die Schulen, nicht nur der Computer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die guten Marktchancen des ökologischen Landbaus nutzen viele junge Landwirte. Allerdings ist festzustellen, dass die Nachfrage nach diesen Produkten zu einem nicht unerheblichen Teil von außerhalb Baden-Württembergs bedient wird. Die Produkte stammen etwa von großen Anbauflächen in den neuen Bundesländern oder in Osteuropa, kombiniert mit billigsten Arbeitskräften und unter Missachtung von europäischen Standards; es entsteht sogar Konkurrenz aus China.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher verbinden mit den Produkten des ökologischen Landbaus Eigenschaften wie gesunde Ernährung, umweltschonende Produktionsweise, artgerechte Tierhaltung und kurze Transportwege. Die Menschen sind, wie gesagt, bereit, spürbar höhere Preise für ökologische Produkte zu zahlen. Ich sage allerdings auch: Bei einem Familienvater mit zwei Kindern, der ein Monatseinkommen von 2 400 € brutto hat, ist der Geldbeutel oft schon am 20. eines Monats leer. Man muss sehen, dass man dann auch dort entsprechende Prioritäten setzt und dass man den Kauf von ökologischen Produkten auch solchen Käuferschichten ermöglicht.

Meine Damen und Herren, die Folgen des Imports von Biolebensmitteln in den letzten Jahren sehe ich als ein Thema, das lange missachtet wurde. Es ist richtig, dass man die Wertschöpfung vor Ort lässt, dass man das vor Ort forciert. Das dient der Ökobilanz. Wenn man Bioprodukte und andere Produkte durch ganz Europa karrt oder gar aus China, aus Südafrika oder auch aus Südamerika importiert, ist dies ökologisch nachteilig. Wenn etwa argentinische Äpfel mit dem Flugzeug

(Dr. Friedrich Bullinger)

(Zuruf von den Grünen: Dann müsst ihr die Wirtschaftspolitik ändern! Das haben wir seit Jahren beklagt!)

hierher transportiert werden, werden pro Kilo 5 bis 8 kg Kerosin verbraucht. Nun bilanzieren Sie einmal den CO₂-Ausstoß!

Meine Damen und Herren, die Umstellung von konventioneller Landwirtschaft auf ökologischen Landbau erscheint mir vor diesem Hintergrund als eine große Chance. Ich möchte aber eines ganz klar sagen: Die Entscheidung über die Produktionsweise, darüber, wie produziert wird und was produziert wird, müssen der Landwirt und seine Familie selbst treffen, und zwar in Abstimmung mit dem Markt und auf freiwilliger Basis.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es darf keine Benachteiligung, aber auch keine staatliche Bevorzugung von ökologischem gegenüber dem konventionellen Landbau geben, meine Damen und Herren. Das ist ein fairer Wettbewerb. Fortführung einer Ökologisierung: ja. Grüne Ideologisierung der Landwirtschaft: nein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ob die konventionelle oder die ökologische Produktion besser ist, hängt von der spezifischen betrieblichen und familiären Situation ab. Beide haben ihre Berechtigung. Auch hatten wir noch nie, meine Damen und Herren, so rückstandsarme Nahrungsmittel – und zwar in beiden Produktionsarten – wie heute.

(Vereinzelt Beifall)

Der ökologische Landbau ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen; das zeigen auch die Betriebsgrößen. Das große Verdienst der ökologischen Landwirtschaft ist zudem, dass sie in den letzten 40 Jahren auch begleitend darauf eingewirkt hat, dass man im Umgang mit Dünger und mit Pflanzenschutzmitteln sensibler geworden ist. Dies hat dazu beigetragen, den alten Slogan „Viel hilft viel“ zu überwinden. Jeder Landwirt ist Ökonom genug, um rechnen zu können. Beispielsweise wird heute bedarfsgerecht gedüngt, auch deshalb, weil wir hervorragend ausgebildete junge Landwirtinnen und Landwirte haben – nicht nur studierte, sondern praktisch wirklich gut ausgebildete; studierte Landwirte haben wir natürlich auch. Die können das mit dem Computer gut. Aber das reicht nicht unbedingt aus für die ökologische und die konventionelle Landwirtschaft.

Meine Damen und Herren, dass problematische Pflanzenschutzmittel, Hormone in Futtermitteln oder Fütterungsantibiotika bereits in den Achtzigerjahren verboten wurden, ist natürlich auch der Tatsache zu verdanken, dass man schon seit Langem auch hier über das gesamte Thema diskutiert.

Wurde früher der ökologische Landbau vor allem von sogenannten idealistischen Sonderlingen, wie man sie bezeichnete, betrieben, sind heute professionell arbeitende Profis am Werk. Übrigens hat das alles nichts mit Romantik zu tun und auch nichts mit Kleinstbetrieben. Ein Beispiel haben wir ja vor Augen: Unser Kollege Martin Hahn beweist, wie man ökologische Großlandwirtschaft betreiben kann.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Bravo!)

Aber ich darf eines auch klar sagen: Der ökologische Landbau sieht nicht mehr so aus wie früher. Die Betriebe sind größer geworden, der Biomarkt ist international – die Ökobilanz lässt grüßen –, die Vermarktung findet zunehmend über den Lebensmitteleinzelhandel statt.

Der Ökomarkt ist eine Branche mit Chancen. Der Staat hat hier gute Rahmenbedingungen gesetzt, und zwar in Baden-Württemberg schon seit Längerem.

Noch einmal: Der Staat hat nicht direkt in den Markt einzugreifen. Das, was auf dem Markt passiert, ist vor allem Sache der Marktbeteiligten. Das sind vor allem Erzeuger und Verbraucher sowie der Handel.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, Landwirtschaft hat in all ihren Facetten in Baden-Württemberg aufgrund der Kaufkraft, aufgrund der Struktur eine hervorragende Zukunft. Ich freue mich, dass alle in diesem Haus dies, glaube ich, so erkannt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Willi Stächele: Jetzt hat sich der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Minister Bonde.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man merkt, wie grün die Republik geworden ist, wenn man sich FDP/DVP-Reden heute anhört.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Aber es ist ja auch schön, in einem für die Verbraucherinnen und Verbraucher wie auch für die Landwirtschaft so wichtigen Thema ein solch großes Maß an Einigkeit hier zu haben.

Baden-Württemberg hat eine reich gegliederte und abwechslungsreiche Kulturlandschaft sowie eine funktionierende Struktur von bäuerlichen Familienbetrieben. Es ist das Ziel dieser Landesregierung, diese Struktur auch zu halten, weil das genau die Betriebe sind, die nachhaltige und umweltgerechte Bewirtschaftungen vornehmen. Das ist das, was sich viele Verbraucherinnen und Verbraucher wünschen: hochwertige Qualitätsprodukte aus heimischer Erzeugung.

Da reden wir nicht über die Frage: Bio oder konventionell? Da reden wir vielmehr über eine Struktur, mit der wir das insgesamt hinbekommen.

(Beifall des Abg. Karl Rombach CDU)

Qualitätsprodukte spielen da eine große und zunehmende Rolle. Gerade für die klein- und mittelbäuerliche Landwirtschaft liegt da ein erhebliches Potenzial. Auch das ist wieder unabhängig von der Frage: Ökologisch oder konventionell?

Gerade beim ökologischen Landbau, gerade bei den ökologischen Lebensmitteln nutzen wir in Baden-Württemberg die Marktchancen noch nicht. Gerade da gibt es noch eine ganze Reihe unerschlossener Potenziale.

(Minister Alexander Bonde)

Der Vorteil ist: Der Markt ist da. Baden-Württemberg hat da auch eine Marke. Es ist richtig, dass Baden-Württemberg das Bundesland mit der längsten Tradition im Ökolandbau ist. Zwei der großen Ökoverbände – Demeter und Bioland – wurden in Baden-Württemberg gegründet. Aber die Spitzenposition haben wir längst verloren. Wir sind im Mittelfeld angekommen. Mit Verlaub, es ist das Ziel der neuen Landesregierung, mit Baden-Württemberg auch da wieder an die Spitze zu kommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Zahl, die Sie vorhin genannt haben, ist richtig: Wir haben insgesamt 6 400 kontrollierte Ökobetriebe in Baden-Württemberg. Wenn man sich die Zahlen jedoch genau anschaut, sieht man: Wir reden über 3 000 landwirtschaftliche Betriebe im engeren Sinn. Wenn man dann zurückschaut, stellt man fest: Vor acht Jahren, im Jahr 2003, waren es auch schon 2 800 derartige Betriebe. An dieser Stelle sieht man, was in diesem Bereich an Dynamik verloren gegangen ist und welche Chancen in einem deutlich wachsenden Nachfragemarkt ungenutzt bleiben, weil wir die Nachfrage in Baden-Württemberg nicht mehr selbst bedienen.

Die Zahlenverwirrung kommt daher, dass die übrigen Ökobetriebe – auch das ist wichtig – ausschließlich Streuobstflächen bewirtschaften. Genau damit werden hier seit Jahren die doch sehr geringen Anstiege der Zahl der Betriebe im Ökobereich in den Statistiken aufgehübscht. Aber davon haben wir alle nichts. Es muss darum gehen, unseren Bäuerinnen und Bauern hier auch tatsächlich Chancen zu geben.

In Baden-Württemberg befinden sich 107 000 ha in ökologischer Bewirtschaftung; das sind 7,5 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Da gibt es ein leichtes Wachstum. Aber wenn man sich einmal in der Nachbarschaft umschaute, sieht man, dass beispielsweise Österreich schon im Jahr 2009 bei einem Anteil der Fläche in ökologischer Bewirtschaftung von 20 % angekommen ist. Das erklärt übrigens, warum das massive Wachstum der Importe auch die österreichische Landwirtschaft stützt und nicht unserer Landwirtschaft zugutekommt. Das ist, glaube ich, ein Punkt, an dem wir jetzt gemeinsam aktiv werden müssen. Da müssen wir auch schauen, was alles nicht passiert ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Natürlich gibt es Beratungsunterstützung für Ökobetriebe in Baden-Württemberg. Allerdings sind gerade einmal fünf der vielen Beratungsdienste auf ökologische Wirtschaftsweise spezialisiert. Natürlich gibt es bei uns gute Berufs- und Fachschulen, aber, mit Verlaub, der Unterricht zum Thema Ökolandbau ist, vorsichtig gesagt, doch noch mehr als ausbaufähig.

Das Land fördert im Bereich Vermarktung regionale Kennzeichnung, Bioprodukte und Vermarktungsaktivitäten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Das ist gut, und darauf lässt sich aufbauen. Aber wir haben auch da wieder direkt vor der Tür in der Nachbarschaft, nämlich in Bayern, das Beispiel dafür, dass man da wesentlich mehr machen kann und mehr machen muss, wenn man den Markt für seine Landwirte tatsächlich sichern will.

Für Verbrauchervertrauen sind Transparenz und Sicherheit wichtig. Deshalb ist es richtig, dass wir hier in Baden-Württemberg mit dem Ökomonitoring ein Instrument haben, das sicherstellt, dass dort, wo Bio draufsteht, auch Bio drin ist. Das ist erfolgreich; das werden wir fortsetzen. Das ist eine gute Nachricht für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Ergebnisse des Ökomonitorings, nämlich dass ökologisch produzierte Lebensmittel hundertmal weniger Rückstände haben, dass zwei Drittel der Proben gänzlich rückstandsfrei waren, sind Gründe, weshalb die ökologische Landwirtschaft und biologisch erzeugte Produkte ein solch hohes Verbrauchervertrauen genießen.

(Beifall bei den Grünen)

Das ist einer der Gründe, weshalb die Bioproduktion insgesamt steigt und vor allem die Nachfrage nach Bioprodukten steigt. Damit kommen wir zum entscheidenden Punkt für unser Land. Denn die Nachfrage steigt wesentlich stärker als das regionale Angebot. Baden-Württemberg mit seinen 10,7 Millionen Einwohnern ist längst eine große Importregion für Ökoprodukte. In den letzten Jahren haben sich die Importe verdoppelt. Das ist doch der Punkt, über den wir jetzt einmal genau reden müssen: Wie bekommen wir es hin, dass unsere Landwirte von dieser Nachfrage profitieren? Nichts gegen Österreich, nichts gegen Übersee, aber unsere Aufgabe muss doch sein, unseren Bäuerinnen und Bauern, die in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld unterwegs sind, zu ermöglichen, von dieser Nachfrage zu profitieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Marktforschungsergebnisse zeigen, dass 67 % der Verbraucher in Baden-Württemberg regelmäßig Bioprodukte kaufen und 80 % dieser Verbraucher sich wünschen, wesentlich mehr regional erzeugte Bioprodukte kaufen zu können. Der entscheidende Punkt an dieser Stelle ist daher: Wie können wir diese Nachfrage von hier aus bedienen? Da ist, mit Verlaub, in den letzten Jahren eben nicht gerade unheimlich viel passiert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Eine entscheidende Schwäche haben wir auch in der Frage: Wie bringen wir unsere Struktur von Bioangeboten in den Lebensmitteleinzelhandel mit seinen Vermarktungsstrukturen? Da haben wir als Land eine wichtige Moderatorenrolle. Wir sitzen deshalb jetzt als neue Landesregierung auch mit den Verbänden am Tisch, um zu überlegen, was man verbessern kann, um tatsächlich Vermarktungschancen zu eröffnen. Denn wir wissen, dass wir im Premiumsektor natürlich auch die Möglichkeiten zur hochwertigen Weiterverarbeitung nutzen müssen und die Partnerschaft mit dem Handel dabei eine ganz wichtige Rolle spielt.

Aber wir werden an dieser Stelle auch die Sicherheiten bieten müssen, die notwendig sind, damit sich Landwirte, die ihren Hof auf ökologische Bewirtschaftung umstellen wollen, auch tatsächlich dazu entscheiden können. Da sind wir jetzt bei ein paar Punkten, bei denen in Baden-Württemberg eben nicht viel passiert ist. Junglandwirte und auch junge Gärtner bekommen in ihrer Ausbildung oft nicht die Chance, auch in den Ökolandbau hineinzuschnuppern und sich dann zwischen zwei unterschiedlichen Möglichkeiten zu entscheiden.

(Minister Alexander Bonde)

Auch die Unsicherheit bei den Umstiegshilfen hat zu dieser sehr geringen Steigerung der Zahl der Betriebsumstellungen in den letzten Jahren beigetragen. Sie haben im Jahr 2004 das MEKA in Baden-Württemberg gedeckelt, sodass bis 2007 der Neueinstieg in den Ökolandbau mit Umstiegshilfen nicht möglich war. Das gleiche Spiel haben Sie jetzt 2011 wieder gemacht, als der Neueinstieg in die Agrarumweltförderung und damit auch die Förderung der Umstellung auf Ökolandbau gestoppt wurden. Verlässlichkeit sieht anders aus. Wenn Sie hier überhaupt über die Frage des Marktes reden, dann ist das einer der wichtigen Punkte. Wenn sich jemand entscheidet, muss er wissen: Kann ich in Baden-Württemberg sinnvoll, ökonomisch darstellbar auf Ökolandbau umsteigen oder nicht?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deshalb gilt: Wer diese Marktchance ergreifen will, der muss in der schwierigen Phase der Umstellung für Verlässlichkeit und Kontinuität der Förderung sorgen. Deshalb haben wir als neue Landesregierung entschieden, genau diese Verlässlichkeit endlich wiederherzustellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

In Baden-Württemberg werden Betriebe wieder ohne Unterbrechung zwischen den Förderperioden mit dem Umstieg beginnen können, sich auf freiwilliger Basis neu orientieren können und dieses Geschäft, an dem wir alle ein gemeinsames Interesse haben, angehen können.

Bezüglich der Ausbildung der Landwirte und Gärtner werden wir gemeinsam mit den Verbänden diskutieren, wie wir den deutlichen Nachholbedarf befriedigen können. Ich bin zuversichtlich, dass es bei vielen, die jetzt die Nachfolge an den Höfen antreten, Interesse an der Umstellung gibt, wenn man ihnen ein faires Informationsangebot macht. Da werden unsere landwirtschaftlichen Landesanstalten auch mehr Angebote, z. B. aus dem Bundesprogramm Ökologischer Landbau, offensiv nutzen. Es ist schön, dass gegenwärtig beim Kompetenzzentrum Obstbau in Bavendorf die Versuchsfläche für ökologischen Obstbau erheblich erweitert wird. Ich denke, da hat das Land eine Reihe von ungenutzten Möglichkeiten.

Auch in Beratungsprojekte für den ökologischen Landbau muss man in den nächsten Jahren gezielt einsteigen. Beispielhaft nenne ich das Beratungsprojekt für Milchviehbetriebe im Südschwarzwald. Das ist ein gutes Projekt; das wollen wir weiterführen. Einer der Schwerpunkte ist auch hier die Umstellung auf die Ökomilcherzeugung.

Insofern haben wir – da hat die Opposition recht – vieles in Baden-Württemberg, an das wir positiv anknüpfen können. Aber wir haben uns zu lange auf alten Lorbeeren ausgeruht. Auch in diesem Bereich hat man vergessen, dass man, um Neues zu erwirtschaften, auch immer neues Schaffen und Dynamik braucht. Diese Landesregierung bekennt sich zu einem fairen Miteinander von konventionellem und ökologischem Anbau. Sie wird aber auch dafür sorgen, dass die Bäuerinnen und Bauern die Chance wahrnehmen können, die sich daraus ergibt, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Bio-Produkte aus der Region wollen. Dafür werden wir mehr unternehmen, als Sie es getan haben. Wenn Sie uns dabei unterstützen, sind Sie herzlich willkommen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Willi Stächele: Im Rahmen der verbleibenden Redezeit erteile ich nun Herrn Abg. Locherer das Wort.

Abg. Paul Locherer CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Bonde, Sie haben die ganz entscheidende Frage nicht beantwortet bzw. keinen Hinweis darauf gegeben, woher Sie das Geld nehmen, um eine entsprechende Umstellung zu fördern und zu finanzieren. Entweder gibt es dafür frisches Geld aus dem Haushalt – Sie wissen das –, oder Sie nehmen es möglicherweise jemand anderem durch eine Umschichtung weg. Sie sind damit die Antwort auf eine ganz wichtige Frage schuldig geblieben.

Eine weitere Frage ist offengeblieben: Wie halten Sie es mit der Finanzierung des Neueinstiegs konventioneller Landwirtschaftsbetriebe in das Programm MEKA? Sie dürfen auf dem konventionellen Auge nicht blind sein. Wenn Sie an anderer Stelle mehr fördern, müssen Sie auch hier den Geldsack aufmachen.

In einem Interview mit dem SWR sprachen Sie kürzlich davon, dass Sie eine Marketingkampagne für Ökoprodukte anleiern wollen. Auch hierzu müssen Sie die Frage beantworten, woher Sie das Geld nehmen.

Ich möchte darauf hinweisen: In beiden Produktionsbereichen – sowohl im Bereich der Ökolandwirtschaft als auch in der konventionellen Landwirtschaft – haben wir höchste Qualität und höchste Standards. Damit können wir uns europa- und deutschlandweit absolut sehen lassen. Beide Bereiche sind förder- und unterstützungswürdig, nicht nur einer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Sie wissen, dass Vorsicht geboten ist. Die zukünftige finanzielle Ausstattung der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik ist offen. Wenn Sie zur Ermöglichung eines Einstiegs in den Ökolandbau in den Jahren 2012 und 2013 ausschließlich Landesmittel einsetzen wollen, könnte bei der EU der Eindruck entstehen – da müssen wir wirklich vorsichtig sein –, dass eine solche Förderkulisse von den Ländern allein getragen werden könnte. Dann droht uns wichtiges Geld zu fehlen, das wir in der Vergangenheit gerade für diese Bereiche benötigt haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! Haushaltspolitik!)

Bitte, Herr Minister Bonde, lassen Sie Vorsicht walten. Denn – ich komme auf Ihre Rede zurück – Nachhaltigkeit ist tatsächlich ein Begriff aus der Land- und Forstwirtschaft. Aber Nachhaltigkeit ist auch eine Grundmaxime politischen Handelns, vor allem wenn es um die finanzielle Ausstattung von entsprechenden Programmen und politischen Maßnahmen geht.

Wir als CDU-Landtagsfraktion wollen deshalb auch weiterhin die Förderung des Ökolandbaus sowie die Förderung der konventionellen Landwirtschaft gleichermaßen im Blick haben. Dabei wollen wir auch eine solide und dauerhafte Finan-

(Paul Locherer)

zierung garantieren. Nur dieser Dreiklang gibt den Landwirten langfristige Planungssicherheit und Vertrauen. Nicht mehr und nicht weniger brauchen wir in diesem Bereich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Mack CDU: Bravo!)

Präsident Willi Stächele: Es spricht nun Herr Abg. Hahn für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Herr Bullinger, soll ich auch einen Schwank aus meiner Jugend erzählen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was? – Abg. Winfried Mack CDU: Was ist denn das für eine Rede? Was soll denn das?)

Ich gehöre auch zu denjenigen, die eine solche Fachschule besucht haben. Dabei sind die Fächer zum Thema Umweltschutz zugunsten der Fächer zum Thema Pflanzenschutz ausgefallen. Dennoch gab es hier eine Weiterentwicklung. Das muss man einfach feststellen. Die Politik kann machen, was sie will – zum Schluss bauen die Bauern doch an, was sie wollen. Das ist der eine Punkt.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann kann man dieses Ministerium einsparen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Also brauchen wir keine Umweltprogramme?)

– Frau Gurr-Hirsch, nach wie vor hilft es uns. Obwohl die Politik nicht optimal läuft, geschieht das Richtige.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nicht so viel vorschreiben! Mehr machen lassen!)

– Wir wollen gar nichts vorschreiben, Herr Bullinger. Ich bin mehr am Markt, als Sie es jemals im Leben waren. Das muss ich einmal klar sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

So viel zum Thema Vorschriften.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Frage ist nur, in welchem Markt Sie waren! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: In einem virtuellen!)

– Es sind Märkte, von denen Sie nur träumen.

Ich will noch einmal ganz klar feststellen: Natürlich hat das immer eine gewisse Kultur. Als Kommunalpolitiker habe ich immer gesagt: Wenn man über Fahrräder schwätzt, will man nicht sagen, dass man gegen Parkhäuser ist. Natürlich gehört das eine zum anderen, und natürlich ist die Basis die konventionelle Landwirtschaft. Aber wir müssen doch das berücksichtigen, was passiert. Wenn wir uns selbst anschauen oder wenn ich mich anschau, dann muss ich ganz klar sagen: Wir entwickeln keine neuen Agrarmärkte mit mehr Essen. Es tut uns auf jeden Fall nicht gut, mir jedenfalls nicht und den meisten hier drin auch nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen)

Das bedeutet, wir können uns nur dorthin entwickeln, wo neue Märkte, neue Produktgruppen entstehen. Neue Produktgruppen wachsen, neue Lebensmittel werden auf der Verkaufsfläche angeboten. Ich werbe dafür, dass wir uns da einsetzen, Herr Traub.

Ich bin ganz – – Wie soll ich sagen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Überrascht!)

Es ist natürlich richtig: Wir hatten unter Herrn Weiser ein sehr fortschrittliches Agrarministerium.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In den letzten Jahren hatten wir in diesem Bereich – so sage ich einmal – etwas weniger Licht.

(Heiterkeit bei den Grünen – Unruhe)

Wir spüren natürlich, dass wir da wieder heranmüssen, um diesen Bereich neu zu gestalten. Wir kommen nicht darum herum, das zu tun, was notwendig ist. Dazu lade ich Sie ein.

Wir werden niemandem vorschreiben, was er in Zukunft tun soll, aber wir laden ein. Das ist das, was passieren muss, und das ist das, was Politik – deshalb sage ich es hier – in der Fläche leisten muss. Politik hat einerseits einen Bestimmungsfaktor, aber Politik macht auch Stimmung. Solange der Begriff „Ökologischer Landbau“ fast mit einem schalen Geschmack im Mund behandelt wird, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn viele Betriebe nicht darauf einsteigen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber lassen Sie es sich weiterhin schmecken! Das ist auch Lebensqualität!)

Präsident Willi Stächele: Im Rahmen der verbleibenden Redezeit erteile ich jetzt Herrn Kollegen Winkler von der SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben zwei Ebenen, auf denen wir den ökologischen Landbau beeinflussen können. Die eine ist die Seite der Hersteller, der Landwirte, die andere ist die Seite der Verbraucher. Beide müssen wir im Blick haben. Wir müssen beim Verbraucher die Akzeptanz für die hochwertigen und teurer herzustellenden biologischen Lebensmittel schaffen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und sie auch genießen, Herr Kollege Winkler!)

Das ist nun einmal eine Aufgabe, für die wir auch zuständig sind.

Oft ist es doch so, dass die Zusatzausstattung eines Mittelklassewagens ruhig einige Tausend Euro mehr kosten darf, aber bei den Lebensmitteln auf den Cent geschaut wird. Beim Zweiturlaub ist die Preisempfindlichkeit lange nicht so hoch wie bei der Entscheidung zwischen einem Stück Biokäse und dem holländischen Edamer aus der Käsefabrik. Das ist so. Da haben wir also ein großes Feld, auf dem wir die Biolandwirtschaft fördern können und eben direkt fördern.

(Alfred Winkler)

Wir haben an dieser Stelle in der letzten Legislaturperiode die Förderpolitik der Landesregierung kritisiert, weil sie durch ihre programmatische Aufstellung die Förderung unterbrochen hat. Andere Länder haben es anders gemacht. Sie hatten kein auslaufendes oder vollständig ausgeschöpftes Programm, in das niemand mehr einsteigen konnte. Das führte dazu, dass wir in Baden-Württemberg hinterherhinken und Chancen – das ist der Titel der heutigen Aktuellen Debatte – nicht genutzt haben. Hier müssen wir aufholen; das ist wichtig.

Wir haben gesagt: Im Falle einer Regierungsbeteiligung werden wir eine deutliche Verbesserung der biologischen Landwirtschaft in Baden-Württemberg herbeiführen. Das werden wir machen, weil wir es seit Jahren gefordert haben. Jetzt wird es endlich getan – mit Augenmaß, mit Unterstützung des Marktes und der Verbraucher. Wir wollen die Chancen für den ökologischen Landbau besser nutzen als bisher.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Biotabak! – Heiterkeit)

Präsident Willi Stächele: Meine Damen und Herren, zur Aktuellen Debatte unter Punkt 2 der Tagesordnung liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bevor wir zu Punkt 3 der Tagesordnung kommen, habe ich Ihnen eine sehr traurige Mitteilung zu machen, eine Nachricht, die uns sehr betroffen macht. Der ehemalige Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP Dr. Ulrich Noll ist im Alter von 65 Jahren verstorben.

Herr Dr. Noll war von 1996 bis zum Ende der 14. Wahlperiode Mitglied des Landtags, von 2004 bis 2009 Vorsitzender der FDP/DVP-Fraktion. Wir werden uns seiner stets dankbar erinnern. Ich darf Sie jetzt bitten, sich zum Gedenken an den Verstorbenen von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Ich rufe nun **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 15/216

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Gesetzentwurfs fünf Minuten, für die Aussprache zehn Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Zur Begründung des Gesetzentwurfs darf ich Herrn Abg. Sckerl von der Fraktion GRÜNE das Wort erteilen.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt mir jetzt schwer, sachlich über eine Gesetzesinitiative zu reden. Das plötzliche Ableben des überaus geschätzten Kollegen Dr. Noll macht uns sehr betroffen. Wir werden sein Wirken sicherlich noch einmal in angemessenem Rahmen würdigen.

Wir legen heute einen Gesetzentwurf zur Reform der Regelungen zur Volksabstimmung in diesem Land vor. Wir möchten zu Beginn dieser 15. Legislaturperiode ausdrücklich alle im Landtag vertretenen Fraktionen einladen, auf der Basis einer entweder schon erzielten oder aus unserer Sicht jetzt erreichbaren Übereinstimmung gemeinsam einen ersten Schritt zur Stärkung der unmittelbaren Volksbeteiligung an staatlichen Entscheidungsprozessen auf der Ebene des Landes zu machen. Wir möchten diesen Schritt ausdrücklich zu Beginn der Legislaturperiode und nicht an ihrem Ende machen, um ein klares Zeichen an die Bürgerinnen und Bürger zu setzen: Wir haben den Wunsch breiter Bevölkerungsschichten verstanden. Es ist angekommen, dass die Bürgerinnen und Bürger auch in Baden-Württemberg mehr Mitbestimmung, mehr Mitwirkungsmöglichkeiten wünschen. Zu diesen gesteigerten Beteiligungsmöglichkeiten gehören auch Elemente der direkten Demokratie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir wollen in der 15. Legislaturperiode gemeinsam – die Betonung liegt wieder auf „gemeinsam“ – einen Prozess zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung auf unterschiedlichsten Ebenen – von der Kommune bis zum Land – einleiten. Denn wir stehen auch gemeinsam in der Pflicht, dies zu tun.

Wir machen das nicht, weil die neue Landesregierung jetzt die Politik des Gehörtwerdens als ihr Steckenpferd entdeckt hätte.

(Zuruf von der CDU: Das merkt man!)

Vielmehr machen wir das, weil wir das Vertrauen in die Demokratie und in das Parlament stärken wollen und die entstandene Kluft zwischen Wählerinnen und Wählern einerseits und Gewählten andererseits sowie die damit einhergehende Politikverdrossenheit überwinden wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage: Es gibt eine breite Diskussion in diesem Land, an der sich alle möglichen Personen beteiligen. Auch Wissenschaftler beteiligen sich daran.

Ich habe in der gestrigen Ausgabe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen sehr interessanten Beitrag von Professor Dr. Vorländer, einem Politikwissenschaftler, gelesen. Das war ein längerer Beitrag. Ich darf daraus mit Genehmigung des Präsidenten einen Satz zitieren. Unter der Artikelüberschrift „Spiel ohne Bürger“ sagt Professor Dr. Vorländer:

Eine demokratische Ordnung kann nur dann als legitim bezeichnet werden, wenn die Bürger den Eindruck und den Glauben haben, am demokratischen Leben hinreichend beteiligt zu sein ...

Weiter sagt er:

Daran fehlt es zurzeit.

Man muss diese Einschätzung nicht teilen. Aber an der Erkenntnis, dass die repräsentative Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung und Einbeziehung direktdemokratischer Ele-

(Hans-Ulrich Sckerl)

mente nur gewinnen kann, führt, glaube ich, kein Weg mehr vorbei.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich sage an dieser Stelle auch ganz ausdrücklich: Wir stellen nicht die repräsentative und die direkte Demokratie gegeneinander. Das wäre völlig falsch. Meine Damen und Herren, das Problem ist nicht die repräsentative Demokratie, sondern das Problem ist, dass das Vertrauen in sie geschwunden ist. Wir wollen also nicht die repräsentative Demokratie ersetzen, sondern das Vertrauen in sie wieder dauerhaft herstellen. Dafür brauchen wir aber klare und gute Angebote für eine bessere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Wir glauben, dass wir mit dem heutigen Gesetzentwurf ein solches Angebot machen.

Denn wie ist die Realität in Baden-Württemberg? Wir haben in der 13. und auch in der 14. Legislaturperiode darüber diskutiert, aber leider keinen gemeinsamen Nenner gefunden. Vielleicht schaffen wir das – das ist unsere Hoffnung – jetzt mit diesem Anlauf. Die Realität ist, dass Baden-Württemberg das Bundesland mit den restriktivsten Bestimmungen in Bezug auf direktdemokratische Beteiligungsformen ist. Nur das Saarland war bisher als Schlusslicht immer hinter uns. Es hat sich jetzt aber auf den Weg gemacht, befindet sich in einem Gesetzgebungsverfahren, wird weit nach vorn gehen. Dann hätten wir im wahrsten Sinn des Wortes die rote Laterne. Die wollen wir nicht; wir sollten sie uns auch nicht leisten. Baden-Württemberg war immer ein Land, das z. B. auf kommunaler Ebene bei der Partizipation, bei der Bürgerbeteiligung eine Vorbildrolle hatte. Baden-Württemberg hat als eines der ersten Länder eine Volksabstimmung durchgeführt, und zwar zum Thema „Staatliche Verfasstheit“, nämlich über die Erhaltung des Landes Baden-Württemberg. Viele erinnern sich daran. Es passt zu Baden-Württemberg, wenn wir jetzt auch auf Landesebene die direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten verbessern.

Es gibt Länder, die eine große Vorbildfunktion haben. Dazu gehört Bayern. Es wird deshalb niemand sagen, Bayern sei der Hort der Revolution. Es ist ein konservativ geprägtes Land, vergleichbar mit Baden-Württemberg, aber mit einer sehr guten, sehr ausgeprägten und sehr erfolgreichen direktdemokratischen Tradition. Trotzdem entscheidet dort nicht der Volksentscheid, sondern der Bayerische Landtag.

Genau so verstehen wir das auch. Es wird immer darum gehen, direktdemokratische Elemente in ganz begründeten Ausnahmefällen, in großen Streitfällen zu haben, damit eine möglichst breit legitimierte demokratische Entscheidung gefällt werden kann. Dabei haben auch Flächenländer – nicht nur Stadtstaaten – wie Bayern, Hessen und Sachsen liberale, bürgerfreundliche Bestimmungen in ihren Verfassungen, zum Teil ohne Zustimmungsquorum, was die Entscheidung über einfache Gesetze angeht, oder aber mit Zustimmungsquoren in der Größenordnung von 15, 20, 25 %. Mit einem Zustimmungsquorum von 33 % liegen wir in Baden-Württemberg auch hierbei ganz hinten.

Heute soll also ein erster Schritt erfolgen. Er ist bescheiden, aber er orientiert sich nach dem Verständnis von Grünen und SPD am Machbaren. Ich sage auch gleich dazu: Es ist keine „Lex Stuttgart 21“,

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So eine Koinzidenz! Warum hat man denn im Dezember nicht zugestimmt? – Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Volker Schebesta CDU)

auch wenn es, meine Damen und Herren – darüber können wir ganz ruhig und unaufgeregt diskutieren –, natürlich wünschenswert wäre, wenn die Bürgerinnen und Bürger im Fall einer Volksabstimmung auch bei diesem Thema auf akzeptable Rahmenbedingungen stoßen würden. Das gilt für Befürworter und für Gegner dieses Projekts gleichermaßen. Die Rahmenbedingungen sind nicht akzeptabel.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Die Rahmenbedingungen waren im Januar nicht anders als jetzt!)

Aber, meine Damen und Herren, der Ansatz geht weit darüber hinaus. Das Land braucht diesen Aufbruch. Es ist deswegen keine „Einmal-Verfassungsänderung“, sondern es ist eine gestaltende Verfassungsänderung für mehr Bürgerbeteiligung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Deshalb muss sie auch so schnell umgesetzt werden!)

Wir werden davon profitieren. Lassen Sie uns doch jetzt die letzten Stöckchen, die noch im Wettbewerb verblieben sind, gemeinsam überspringen. Die FDP/DVP hat bereits erklärt, dass das Quorum für sie akzeptabel ist. Das begrüßen wir ganz ausdrücklich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Bei der CDU, verehrte Kolleginnen und Kollegen, möchte ich ausdrücklich dafür werben, dass wir diesen Schritt gemeinsam gehen. Die Zeitenwende, dass Bürgerinnen und Bürger, Parteimitglieder mehr Mitsprache wünschen, spüren Sie derzeit auch in Ihren eigenen Reihen, in denen die Mitgliederbefragung, die Urwahl gefordert wird.

Verpassen Sie bitte nicht den Zug der Zeit. Steigen Sie mit ein, und lassen Sie uns gemeinsam auf eine gute Reise in eine gute repräsentative Demokratie, ergänzt durch gute Elemente direktdemokratischer Beteiligung, gehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Durch Stuttgart 21!)

Präsident Willi Stächele: Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Abg. Mack.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Baden-Württemberg wird derzeit heftig gestritten, und auch in der Landesregierung von Baden-Württemberg wird heftig gestritten – über einen Bahnhof.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Genau!)

SPD und Grüne sind auf ihren Wahlkampfplakaten für eine Volksabstimmung eingetreten. Zum Zeitpunkt der Plakatie-

(Winfried Mack)

zung haben sie gewusst, was in der Verfassung des Landes Baden-Württemberg steht –

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

zumal sie selbst im Januar dieses Jahres im Ständigen Ausschuss einen Antrag von CDU und FDP/DVP abgelehnt haben, in dem es um die Absenkung des Quorums ging. Sie haben gesagt, sie wollten diesem Antrag nicht beitreten.

Herr Kretschmann hat dann nach der Wahl gesagt, er wolle keine Volksabstimmung mehr. Der Kandidat der Grünen in meinem Wahlkreis meinte, es sei richtig, dies so zu sehen, denn die Landtagswahl am 27. März sei bereits eine Volksabstimmung zu Stuttgart 21 gewesen. Wenn diese Wahl aber tatsächlich eine Volksabstimmung zu Stuttgart 21 gewesen ist,

(Abg. Thomas Blenke CDU: 75 % dafür!)

dann ist das Thema durch. Denn drei Viertel der Sitze des Landtags von Baden-Württemberg werden von Vertretern von Parteien eingenommen, die für Stuttgart 21 eintreten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Volker Schebesta CDU: Betretenes Schweigen bei der SPD! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was sagt Herr Drexler?)

Der vorliegende Gesetzentwurf ist auf die anstehende Volksabstimmung zu Stuttgart 21 geradezu zugeschnitten. Anders kann der Umstand nicht erklärt werden, dass dieser Entwurf die Zugangshürden für ein Volksbegehren nicht anspricht. Eine Verfassungsänderung wegen eines Einzelfalls – wegen eines Bahnhofs! – stellt keinen verantwortungsvollen Umgang mit der Verfassung des Landes Baden-Württemberg dar.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Diese Änderung soll die Verfahrensvoraussetzungen für eine Volksabstimmung zu Stuttgart 21 zugunsten der Projektgegner verändern. Dies widerspricht der mit der Volksabstimmung doch angestrebten Befriedung des Konflikts um Stuttgart 21. Denn wer Verfahrensregelungen mit Blick auf den Einzelfall ändert, beeinträchtigt die Allgemeingültigkeit und damit die Legitimation des Verfahrensergebnisses.

(Abg. Johannes Stober SPD meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Winfried Mack CDU: Von wem?

(Heiterkeit – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Er heißt Stober, Herr Präsident!)

Präsident Willi Stächele: Für die SPD. – Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Heiterkeit – Zuruf: Stober!)

– Stober.

Abg. Johannes Stober SPD: Danke, dass Sie mir diese Zwischenfrage auch in Kenntnis meiner Person gestatten. – Herr Kollege Mack, ich möchte Sie Folgendes fragen: Sie kritisieren, dass im vorliegenden Gesetzentwurf lediglich die Sen-

kung des Quorums bei der Abstimmung selbst thematisiert wird. Würden Sie dem Gesetzentwurf zustimmen, wenn die gesamte Palette – also das Sammeln der Unterschriften ebenso wie das Zustandekommen eines Volksbegehrens – verändert würde, man also auch an dieser Stelle an die Sache herangehen würde?

Abg. Winfried Mack CDU: Vielen Dank. Wenn Sie meine weiteren Ausführungen abwarten, werden Sie die Antwort darauf bekommen.

Aus dem Umstand, dass die Koalition, deren Ministerpräsident stets die Legitimation durch Verfahren betont, ein solches Vorgehen in Betracht zieht, kann abgeleitet werden, dass tatsächlich nicht der Konflikt, sondern nur die Projektgegner dahin gehend befriedet und dazu gebracht werden sollen, das – für sie – negative Ergebnis einer Volksabstimmung zu akzeptieren. In der Summe handelt es sich hier um ein völlig verfehltes Vorgehen.

Baden-Württemberg ist mit dieser unserer Verfassung stark geworden. Die Menschen vertrauen auf die Gültigkeit dieser Landesverfassung. Die Verfassung darf nicht zum Spielball politischer Interessen werden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Deswegen möchte ich schon darauf hinweisen: Es war geradezu ein Skandal, was Verkehrsminister Hermann noch am Tag seiner Vereidigung hier in diesem Hohen Haus gegenüber der „taz“ verkündet hat: Wenn die Volksabstimmung aus seiner Sicht falsch ausgeht, dann gibt er die Verantwortung für den Bahnhof ab. Lieber Herr Hermann, so geht man mit einer Verfassung nicht um.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Bravo!)

Die Regierung hat für Oktober dieses Jahres ein Ausstiegsgesetz angekündigt. Der dafür erforderliche Gesetzentwurf liegt noch nicht vor. Wir fordern die SPD und insbesondere den Herrn Justizminister auf, genau zu prüfen, ob ein solches Ausstiegsgesetz überhaupt möglich ist. Ein verfassungswidriges Ausstiegsgesetz würde das Ansehen des Staates schwer beschädigen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Deshalb machen wir es nicht!)

Ich weiß, dass Sie darauf achten werden. Sie haben nämlich gesagt, schwierige politische Fragen seien zu prüfen. Deswegen hat sich die Prüfung weiter verzögert. Damit wird sich natürlich auch eine mögliche Volksabstimmung verzögern.

Wir fordern die Grünen auf, im Sinne einer guten und vernünftigen politischen Kultur in Baden-Württemberg endlich einmal mit dem Protest gegen das Projekt Stuttgart 21 und damit aufzuhören, immer wieder Sand ins Getriebe zu streuen, wie sie es in diesen Tagen tun. Sie haben eine Förderungspflicht für das Projekt Stuttgart 21.

Wie sieht es aber im Moment in Baden-Württemberg aus? Der eine Minister treibt die Leute auf die Bäume. Der andere Minister muss sie mit der Polizei nach rechtsstaatlichen Grundsätzen wieder herunterholen. Das ist ein absurdes Theater.

(Winfried Mack)

Herr Ministerpräsident, wenn die Leute in Baden-Württemberg merken, dass dies das einzige politische Programm der Regierung ist, dann werden Sie die längste Zeit Ministerpräsident gewesen sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir treten für eine erneuerte, auf Fairness bedachte und dialogorientierte politische Kultur ein, die den Bürgerinnen und Bürgern dient und bei der man ihnen zuhört. Baden-Württemberg ist nicht durch eine Spaltung der Gesellschaft, sondern durch die Fähigkeit zum Ausgleich groß geworden. Wir wollen eine Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch direktdemokratische Elemente über die gegenwärtigen Quoren hinaus.

Herr Sckerl, Sie haben von einem Prozess gesprochen. Genau diesen Prozess sehen wir auch. Die CDU-Landtagsfraktion nimmt das Partizipationsbedürfnis und den nicht zuletzt in der Debatte über Stuttgart 21 zum Ausdruck gekommenen Partizipationswillen in weiten Kreisen der Bevölkerung ernst.

Wir meinen aber auch, dass sich unsere parlamentarische Demokratie bewährt hat. Sie ist in besonderem Maß dazu geeignet, in einem politischen Aushandlungsprozess legitime Mehrheitsentscheidungen herbeizuführen, Belange von Minderheiten zu berücksichtigen und populistische Radikalismen zu vermeiden.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Was ist denn radikal?)

Die Weiterentwicklung unserer Demokratie braucht aber auch den gesellschaftlichen Konsens. Vor weiteren Reformschritten steht für uns stets der öffentliche Diskurs, der in einen breiten gesellschaftlichen Konsens über eine Verfassungsänderung münden muss. Bei einer Vielzahl möglicher Stellschrauben und Ansätze wie – das ist die Antwort auf die Frage – Unterstützungsquoren, Zustimmungsquoren, Fristen, der Art und Weise der Unterschriftensammlung und Volksinitiativen verbietet sich unseres Erachtens ein übereiltes Vorgehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Gerade bei grundlegenden Fragen unserer Demokratie müssen mögliche Veränderungen unter Einbeziehung aller Betroffenen sorgfältig diskutiert und abgewogen werden. Die CDU-Fraktion setzt damit auf eine Weiterentwicklung unserer parlamentarischen Demokratie.

An dieser Stelle möchte ich ein Zitat bringen, das ich bei früheren Debatten auch erwähnt habe. Theodor Heuss, einer der Väter unseres Grundgesetzes, hat gesagt:

Eine Volksinitiative ist eine Prämie für jeden Demagogen.

Diesen Satz, der aus einer historischen Erfahrung heraus gesagt worden ist,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was gilt denn jetzt? Mehr oder weniger?)

sollten wir unbedingt bedenken. Wir brauchen Augenmaß bei Verfassungsänderungen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Heftiges Sowohl-als-auch!)

Ich glaube, dass wir am Ende dieses Prozesses zu einem guten Ergebnis im Landtag von Baden-Württemberg kommen werden.

Entscheidend ist für uns auch eine bessere Öffentlichkeitsbeteiligung im Planungsrecht. Für den Erfolg eines Planungsprozesses ist die Resonanz der Öffentlichkeit und der Betroffenen von entscheidender Bedeutung. Die Bürger wollen rechtzeitig und umfassend informiert werden. Sie wollen ihre Meinung bereits dann einbringen können, wenn die Planung noch nicht endgültig feststeht. Wir wollen deshalb die Öffentlichkeit bei Großprojekten schon im Vorfeld stärker beteiligen

(Zuruf von den Grünen: Hört, hört!)

und auch im Verfahren selbst vollständige Transparenz garantieren.

(Zurufe von den Grünen: Aha!)

Die CDU-Fraktion wird auf breiter Basis mit gesellschaftlichen Gruppen den genannten Komplex diskutieren und dann die eigenen Vorstellungen in die weitere parlamentarische Beratung einbringen.

Ich habe die Hoffnung, dass sich die Regierung des Landes Baden-Württemberg in der Hauptsache wieder wichtigeren Dingen zuwendet als dem Streit um einen Bahnhof.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Es geht um die Verfassung! – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Das Land hätte es verdient.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll von der Fraktion der FDP/DVP.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Halt, halt!)

– Entschuldigung! Zunächst erhält Herr Abg. Stoch von der Fraktion der SPD das Wort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Den kleinen Koalitionspartner nicht vergessen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das sind die Erfahrungen aus der Vergangenheit!)

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich fange einmal mit einer Frage an, die mich bewegt, wenn ich die Beiträge aus der CDU-Fraktion zu diesem Thema höre: Warum hat eine Volkspartei Angst vor dem Volk?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Hat sie doch nicht!)

Warum hat eine Volkspartei Angst vor dem Volk?

(Zuruf von der CDU: Hat sie nicht! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie wollen nur, dass die Minderheit regiert!)

(Andreas Stoch)

Ich darf noch einmal die Worte, die Herr Kollege Sckerl vorhin gesprochen hat, in Erinnerung rufen. Er hat heute sehr deutlich gemacht, dass er eine Einladung an uns, an Sie alle, ausspricht,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: „Einladung“!)

an dieser für die Zukunft unseres Landes sehr wichtigen Frage mitzuwirken.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Beim Kollegen Mack habe ich manchmal das Gefühl – – Wir waren am vergangenen Freitag beim Verein der Richter und Staatsanwälte. Da hat er wahrscheinlich das falsche Redemanuskript erwischt.

(Abg. Winfried Mack CDU: He, he! Jetzt kommt!)

Die Richter und Staatsanwälte um mich herum fragten sich dann: Hat er nicht gemerkt, dass der Wahlkampf schon vorbei ist?

Kollege Mack, mir fällt hierzu immer die Geschichte mit dem Drittklässler, der für die Biologiearbeit lernt, ein. Kennen Sie die?

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Dieser Drittklässler lernt ganz intensiv – ich habe vier Kinder; ich bekomme das hautnah mit – über den Regenwurm. Als er am nächsten Tag in die Schule kommt, stellt er aber fest, dass es bei der Biologiearbeit um den Elefanten geht. Dann fängt er an zu schreiben: „Der Elefant ist ein großes Tier. Der Elefant hat einen Rüssel. Der Rüssel sieht aus wie ein Regenwurm. Der Regenwurm ...“

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie kommen doch bei jedem Thema, bei dem Sie thematisch in den Tunnel hineinfahren, garantiert bei Stuttgart 21 wieder heraus.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ihr solltet doch froh sein! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie einmal Herrn Hermann, wo der Tunnel herauskommt!)

Jetzt kommen wir einmal zum Thema; denn wir wollen ja nicht Redezeit vergeuden. Das Thema, das wir heute besprechen, ist ein sehr wichtiges Thema, was die Demokratie in unserem Land angeht. Dass immer dann, wenn es hier um Volksabstimmungen geht, gleich in allen Reden – wir können in den Manuskripten gern nachschauen – von Demagogie die Rede ist, lässt doch tief blicken. Wenn Sie vor den Menschen draußen derart Angst haben,

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

dann müssen Sie sich doch fragen, woher diese Angst kommt.

(Zuruf von der CDU)

Ich zitiere einmal jemanden, der hier an dieser Stelle Entsprechendes gesagt hat. Ich zitiere aus der Rede von Bundespräsident Wulff vom 16. Dezember 2010. Ich brauche nicht auf mehrere Jahrzehnte zurückliegende Reden von Herrn Heuss

zurückzugreifen. Herr Wulff sagte damals hier an dieser Stelle:

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit der repräsentativen Demokratie in 60 Jahren gut gefahren sind, dass sie besser war als alles, was wir jemals zuvor in der Geschichte hatten, dass sich die repräsentative Demokratie bewährt hat, dass sie uns Sicherheit und sozialen Wohlstand gebracht hat.

Er hat dann angefügt – ich bitte Sie, dies auch zu berücksichtigen –:

Aber wir müssen auch erkennen, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung heute den Wunsch verspürt, an Sachentscheidungen unmittelbar beteiligt zu werden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Nichts anderes habe ich gesagt!)

All dies negieren Sie seit mehr als zehn Jahren in diesem Haus.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Sie haben doch im Januar abgelehnt! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie hatten die Chance im Januar!)

Der vorliegende Gesetzentwurf – er ist wirklich einfach; Sie müssten ihn also verstehen – befasst sich mit der Senkung des Zustimmungsquorums auf 20 %.

(Abg. Peter Schneider CDU: Arroganzling!)

Schauen Sie sich bitte einmal die Situation in den anderen Bundesländern an. Es gibt Bundesländer – Herr Kollege Sckerl hat darauf hingewiesen – wie Bayern, die völlig auf ein Quorum verzichten.

(Zurufe der Abg. Peter Schneider und Karl Zimmermann CDU)

Wir haben vorgeschlagen, ein Quorum in Höhe von 20 % in die Landesverfassung aufzunehmen. – Herr Kollege Zimmermann, hören Sie zu, dann verstehen Sie es besser.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie selbst hatten ein Quorum von 25 % vorgeschlagen. Mit dem von Ihnen vorgeschlagenen Quorum von 25 %, dem auch Städtetag und Gemeindetag damals so zugestimmt hatten, hätten wir uns nach damaligem Stand vom zweitletzten auf den drittletzten Platz verbessert. Ist es das, was Sie meinen, wenn Sie sagen, dass Baden-Württemberg spitze sein soll?

Wir wollen mit unserem Vorschlag ein deutliches Signal an die Menschen in diesem Land senden, dass sie nicht nur Objekt politischer Entscheidungen sind, sondern dass das Volk, der Souverän, an Entscheidungen unmittelbar beteiligt wird. Wir gehen davon aus, dass die Menschen in diesem Land auch das Recht haben, an Entscheidungen beteiligt zu werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deswegen glaube ich: Es ist ein gutes Zeichen, dass sehr frühzeitig in dieser Diskussion auch vonseiten der FDP/DVP ein

(Andreas Stoch)

Signal kam, dass man sich eine solche Veränderung vorstellen kann. Jetzt reduzieren Sie eine Änderung der Verfassung doch nicht immer auf ein Thema. Das tun Sie hier.

Wir wollen in einem laufenden Prozess – Demokratie ist ein sich ständig wandelnder Prozess – gemeinsam mit Ihnen – das wird nachher auch Frau Erler als Staatsrätin zu diesem Thema ausführen –, gemeinsam mit diesem Haus die Demokratie weiterentwickeln, nicht indem wir die repräsentative Demokratie infrage stellen, sondern indem wir die Menschen in diesem Land wieder für diese repräsentative Demokratie begeistern, indem wir ihnen nämlich sagen: Wir wollen euch bei Themen, die so wichtig sind, dass ihr da mitentscheiden wollt, beteiligen. Deswegen heute dieser Vorschlag für ein neues Quorum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sollte für uns alle ein Weg sein, wie wir den nächsten Schritt in diese Richtung gehen können.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn Sie sich, wie gesagt, die Vergleichszahlen aus den anderen Bundesländern anschauen, dann werden Sie sehr deutlich erkennen, dass Baden-Württemberg seit der Einführung dieses Instruments in der Landesverfassung davon kein einziges Mal Gebrauch gemacht hat. Da muss sich doch jeder, der diese Formulierung in der Landesverfassung liest und diese Realität zur Kenntnis nimmt, fragen: Woran liegt das? Ferner muss er dann doch daran interessiert sein, dass Instrumente nicht nur zum Schein in der Landesverfassung stehen, sondern dass wir diese für die Menschen erreichbar machen. Dadurch machen wir uns glaubwürdig, und dadurch werden wir zum Teil dessen, was wir zur Entwicklung unserer Demokratie hin zu einer modernen Gesellschaft brauchen.

Ich appelliere daher heute in dieser ersten Lesung des Gesetzentwurfs an Sie: Springen Sie über Ihren Schatten! Wir brauchen Ihre Zustimmung, um die Verfassung des Landes Baden-Württemberg zu ändern, und das wird nicht zum Schaden dieses Hauses sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Goll von der Fraktion der FDP/DVP das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn natürlich auch den Namen von Uli Noll hier nennen, den wir alle als einen überzeugten Liberalen gekannt haben, der seine Positionen nicht taktischen Überlegungen geopfert hat. Genauso halten wir es bei diesem Gesetzentwurf. Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen, auch wenn er von den Regierungsfractionen kommt und wir jetzt in der Opposition sind.

So selbstverständlich ist das nicht. Deswegen darf auch ich, lieber Herr Sckerl, daran erinnern, dass wir in diesem Jahr einen Vorschlag zur Senkung des Quorums auf 25 % auf den Tisch gelegt hatten,

(Zustimmung des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

den Sie abgelehnt haben. Vielleicht war das in der Tat die zweitschlaueste Strategie, denn sonst wären Sie heute schon einen erheblichen Schritt weiter. Wir machen es also nicht so; wir machen es anders.

Lieber Herr Ministerpräsident, mir sei bei „so oder anders“ eine kleine Anmerkung gestattet. Sie und diese Regierung haben an jeder Stelle, in jedem Grußwort gesagt: „Wir machen es anders. Jetzt kommt die Wende, jetzt kommt der Neuanfang.“ Man kann es manchmal fast schon nicht mehr hören. Jetzt war ich völlig überrascht, als ich heute Morgen in der Zeitung gelesen habe, dass Sie die Zumutungen, die der Rechnungshof kritisiert hat, von denen auch vorhin schon die Rede war, mit den Worten zu rechtfertigen versucht haben: „Das macht jede Regierung dieser Welt so.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Ja, Verzeihung, ist jetzt eigentlich irgendetwas anders geworden?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich will hierzu nichts weiter ausführen, weil dieses Thema schon heute Morgen hier Gegenstand einer Debatte gewesen ist. Aber wenn ich das einmal kurz übersetze, dann heißt das – jetzt aus Ihrer Sicht –: „Wir orientieren uns bestenfalls an schlechten Gewohnheiten.“ Oder ich könnte auch sagen: Immerhin räumen Sie selbst schon einmal ein, dass Ihre Regierung jedenfalls nicht besser ist als irgendeine andere Regierung auf dieser Welt. Vielen Dank für diesen Hinweis.

Damit bin ich wieder beim Gesetzentwurf. Wir werden ihm zustimmen, obwohl die Umstände, unter denen Sie diesen Vorschlag einbringen, natürlich mehr als irritierend sind. Der Zusammenhang mit Stuttgart 21 liegt auf der Hand.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es! Genau!)

Es ist ein bisschen witzig, zu behaupten, das eine habe mit dem anderen nichts zu tun. Wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie einräumen: Es ist offenkundig, dass auf der rot-grünen Seite noch immer eine Mehrzahl von Abgeordneten schlicht und einfach hofft, mit diesem Gesetz Stuttgart 21 zu Fall zu bringen. Das ist doch eine Tatsache.

(Zustimmung des Abg. Winfried Mack CDU)

Der beste Beweis – das hat Kollege Mack auch angesprochen – ist, dass Sie nicht an das Eingangsquorum, an das Volksbegehren herangehen. Das ist von Ihnen in den vergangenen Jahren immer als größtes Hindernis bezeichnet worden. Sie haben immer gesagt – dazu gibt es genügend Äußerungen –, es sei zu schwierig, eine Änderung in Bezug auf das Sechstel nach Artikel 59 der Landesverfassung auf die Bahn zu bringen. Jetzt ist davon gar nicht mehr die Rede. Das ist also ein ganz klarer Hinweis. Sie verfahren deshalb so, weil Sie diesmal eine solche Änderung nicht brauchen, weil Sie das Ganze im Moment auf eine sehr fragwürdige Art durch ein Gesetz vorbereiten.

Deswegen – weil es da einen Zusammenhang gibt – glaube ich schon, dass man hier ganz klar sagen muss: Wir stimmen diesem Gesetz zu, aber sollte es etwas mit Stuttgart 21 zu tun

(Dr. Ulrich Goll)

haben, dann – das sage ich ganz klar – sind damit natürlich die Argumente nicht weg, dass diese Abstimmung zu Stuttgart 21 rechtswidrig ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Argumente von Kirchhof und Dolde sind damit nicht einfach vom Tisch. Deshalb muss ich sagen, wenn ich diese ganzen Umstände – die geplante Volksabstimmung zum Gegenstand Stuttgart 21 und die Art, wie Sie sie ohne Volk auf den Weg bringen –, wenn ich all diese Vorgänge anschau: Sie betreten geradezu um eine verfassungsrechtliche Überprüfung vor dem Staatsgerichtshof. Deswegen werden wir weitere Schritte genau verfolgen, auch wenn es darum heute noch nicht geht. Heute geht es um dieses Gesetz, und dem stimmen wir aus grundsätzlichen Erwägungen zu. Das darf ich schon jetzt ankündigen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, das Wort erteile ich der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Erler.

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Sehr geehrter Herr Präsident – –

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Unruhe)

– Sehr geehrte Frau Präsidentin!

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frauenquote! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Ich bin neu in dieser Rolle. Das Plenum ist für mich neu. Ich habe schon viel und oft gesprochen, aber noch nie vor Ihnen. Ich hoffe, dass mir keine weiteren Lapsus passieren.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger oben auf den Rängen, liebe Schülerinnen und Schüler, qua meines Amtes spreche ich auch Sie an.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das geht gar nicht! Zweiter Lapsus!)

– Qua meines Amtes spreche ich auch sie an. – Die neue Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, Baden-Württemberg zu einem Musterland und wieder zu einem Vorreiter bei der demokratischen Beteiligung zu machen. Es ist schon öfter angesprochen worden und ich werde noch darauf eingehen, in welcher Weise wir an diesem Punkt zurückgefallen sind.

Unser Ansatz – da möchte ich auf den Beitrag des Kollegen Mack zurückkommen – ist dabei vielfältig. Mein Amt, das der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, ist ja eingerichtet worden, um genau diese vielfältigen Ebenen der demokratischen Beteiligung im Land zu unterstützen, zu systematisieren und zu bündeln. Dabei geht es uns nicht zentral darum, das Land in eine Art permanenter Kulturrevolution, ewig zugespitzter Volksentscheide und Bürgerbegehren hineinzujaugen, sondern darum, erst einmal in den Kommunen und den Regionen die Grundlagen für mehr Bürgerbeteiligung

vor allem in den Planungsverfahren zu verfestigen. Wir werden gemeinsam mit den betroffenen Verwaltungen einen Leitfaden erstellen, um gewissermaßen die Verfahren zu beschleunigen und gleichzeitig die Bürger viel besser und viel früher einzubinden.

Ich teile die Meinung von Herrn Geißler, dass es in Zukunft so sein wird: Wenn frühzeitig eingebunden, diskutiert und gehört wird, wird die Meinungsbildung leichter vorangehen. Dann können wir viele Konflikte einfangen, bevor sie überhaupt in Bürgerbegehren und Volksentscheide münden müssen. Da sind wir uns völlig einig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Änderung der Landesverfassung, die heute hier eingebracht wird, ist also tatsächlich nur ein Baustein – ein wichtiger Baustein –, um mehr Bürgerbeteiligung in einer modernen Demokratie zu ermöglichen.

Ich möchte an den Artikel anknüpfen, den Kollege Sckerl schon zitiert hat. Dieser Artikel über die Krise der Demokratie, der gestern in der „Frankfurter Allgemeinen“ erschien, hat eigentlich nur drei Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Die eine ist – wir haben das Problem in ganz Europa –: Man macht eine Expertendemokratie kluger Menschen, die immer mehr die Bodenhaftung verlieren und die einen positiven Kontakt zum Volk nur halten können, indem sie einen guten und teuren Sozialstaat unterhalten. Wenn das nicht funktioniert, fallen sie in Ungnade.

Es gibt auch – das ist das größte Problem – die Alternative der „Berlusconisierung“, der „Putinisierung“, der „Ungarisierung“, wenn Sie an Ungarn denken. Das ist, glaube ich, nicht das, was wir hier wollen.

Alle Menschen, die über Demokratie nachdenken, sind sich, glaube ich, einig, dass die einzige funktionierende und sinnvolle Perspektive darin liegt, die repräsentative Demokratie um partizipatorische Elemente zu ergänzen. Davon reden wir heute bei dieser Verfassungsänderung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Für mich, die ich neu in diesem Parlament bin, taucht hier dauernd der Hinweis auf, dass dieses Land Baden-Württemberg – das stimmt ganz ohne Zweifel; das gilt auch für den Ökolandbau usw. – in vielem führend war und noch ist, aber in manchen Bereichen zurückfällt und nicht mehr den Spitzenplatz einnimmt.

Genauso ist es in puncto Demokratie. Im Jahr 1974 haben Sie hier mit dem Volksentscheid ein wegweisendes Gesetz eingebracht, allerdings eines mit so vielen Restriktionen, dass hier im Unterschied zu anderen Ländern – auch das wurde schon gesagt – der Volksentscheid seit dieser Gesetzesänderung noch niemals umgesetzt wurde. Das ist gewissermaßen ein Auto, das zwar Räder hat, für das das Volk aber keinen Zündschlüssel hat. Wir haben einen Verfassungsmodus, in dem der Volksentscheid theoretisch enthalten ist – aber nicht als reale Option.

Machen Sie sich doch bitte noch einmal klar, dass ein Quorum von 33 % bedeutet, dass über 60 % der Stimmberechtigten zu einem Volksentscheid gehen müssen. Alle, die mit sol-

(Staatsrätin Gisela Erler)

chen Quoren Erfahrung haben, wissen, dass bei einem normalen Volksentscheid, der nicht an einem großen Wahltag stattfindet, die 40- oder 50-%-Grenze praktisch niemals überschritten wird.

(Zuruf von der CDU: Das ist woanders auch so!)

– Das ist nirgendwo so. Wenn man sagt, man möchte diese Grenze überschreiten, dann kann man nur sagen, man möchte das Instrument nicht. Denn das ist die empirische Erfahrung bei allen Volksentscheiden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Also geht es darum, eine Volksabstimmung zu ermöglichen, die auch real durchführbar ist. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass nicht nur das Saarland, sondern auch Brandenburg, Thüringen und andere Länder inzwischen weiter an der Absenkung ihrer Quoren arbeiten – die ohnehin schon niedriger sind als die Quoren hier bei uns –, weil sie die Demokratie weiter ausbauen wollen.

Das Ziel dieses Gesetzentwurfs ist die Absenkung des Quorums auf ein Fünftel. Das ist ein großer Unterschied – das möchte ich auch noch einmal sagen – zu einem Quorum von 25 %. Um auf ein Quorum von 20 % zu kommen, müssen – sagen wir einmal – 40 % der Stimmberechtigten zu einem Volksentscheid gehen, und das ist schon ein sportliches Ziel. Um auf 25 % zu kommen, brauchen Sie eine Beteiligung von 50 %, und das ist nicht sehr realistisch. Es geht um einen realistischen, im Gefüge von Gesamtdeutschland plausiblen Entwurf und nicht um ein Tagesgeschäft. Ein nur kurzfristig angelegtes Quorum, von dem man in drei oder fünf Jahren schon wieder sagt –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Deshalb muss es auch im Verfahren so schnell gehen! – Abg. Winfried Mack CDU: 50 % sind die Mehrheit!)

– Noch einmal: Ich argumentiere jetzt von dem Plateau aus, wie in Deutschland und in anderen Ländern mit diesem Instrument umgegangen wird.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Trauen Sie den Bürgern nicht zu, 50 % zu mobilisieren?)

– Es ist einfach so: Baden-Württemberg ist kein Zauberland, kein Ausnahmeland, sondern ein ganz normales Land mit ganz normalen Bürgern. Die Bürger stimmen in allen Bundesländern in bestimmter Weise ab. Wenn Sie alle Verfassungsentscheide auf einen Wahltag legen, erreichen Sie vielleicht 70 %. Sonst erreicht man – so war es in Bayern, wo das sehr gut funktioniert; so ist es in der Schweiz, wo das Ganze auch sehr gut als Veränderung und Ergänzung der repräsentativen Demokratie funktioniert – vielleicht 40, maximal 50 %. Ein Quorum von 20 % ist heutzutage im Hinblick auf die Entwicklung der normalen parlamentarischen und direkten Demokratie ein eher hoher Wert.

Wir sehen unsere Forderung als ein Entgegenkommen an Sie.

(Oh-Rufe von der CDU)

Normalerweise hätten wir – wie es in Bundesländern wie Bayern der Fall ist – kein Quorum beantragt, weil dies in der demokratischen Praxis gar nicht nötig ist.

In den Ländern, in denen diese Mittel angewendet werden, herrscht in keiner Weise Chaos.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der Aspekt der Demagogie bewegt mich persönlich sehr. Als unsere Verfassung von 1948 bis 1951 entwickelt wurde, war das Land zutiefst geprägt, gebeutelt und zerstört durch die vorangegangenen Zeiten: die gescheiterte Weimarer Demokratie und den Nationalsozialismus. Man und frau hatten damals tatsächlich Angst, dass das deutsche Volk im Rahmen von Volksabstimmungen verführbar für populistische und gefährliche Argumente und Entscheidungen sei.

Die heutige Demokratie hat ein anderes Problem: Sie droht von innen zu vertrocknen. Die Menschen verabschieden sich, haben kein Vertrauen mehr. Wenn wir wieder eine Demokratie wollen, die funktioniert, müssen wir – auch das wurde gesagt – das Vertrauen wiederherstellen.

Ganz wichtig ist doch: Wir haben hier kein Quorum für demagogische, verfassungsfeindliche Entscheidungen. Jeder Volksentscheid, jede Volksabstimmung muss erst einmal auf die Verfassungsmäßigkeit hin geprüft werden. Wir können, wollen und würden den Bau von Minaretten nicht verbieten lassen und verfassungsfeindliche Elemente – unabhängig davon, aus welcher Richtung – in Volksabstimmungen nicht zulassen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Es ist sehr wichtig, dass Sie dies im Land kundtun. Sie alle wissen das. Das heutige Argument ist falsch.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Volksentscheide heutzutage grundsätzlich mit Demagogie gleichzusetzen oder in ihre Nähe zu bringen, ist eigentlich – pardon – wirklich populistisch und billig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In Deutschland ist seit der Wiedervereinigung viel passiert. Von Baden-Württemberg wurde vieles abgeschaut. In den neuen Bundesländern wurden Elemente unserer Demokratie in vielen Kommunalverfassungen übernommen. Viele neue Bundesländer sind in ihrer Verfassung gleich einen Schritt weiter gegangen. Es waren immer CDU-geführte Regierungen, die diese Aspekte am weitesten vorangetrieben haben. Das möchte ich an dieser Stelle auch festhalten.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Deswegen bin ich verwundert. Es stimmt, dass die jetzige Diskussion auch Bezüge zu Stuttgart 21 aufweist.

(Zuruf von der CDU: Jetzt kommt es heraus!)

Wer das nicht sieht, wäre blind. Aber es stimmt auch, dass diese Diskussion in diesem Land – wenn ich es richtig verfolgt habe – 15 Jahre alt ist. Es kam immer wieder auf den Punkt, dass Enquetekommissionen und das Ausloten nicht mehr notwendig sind. Es ist ganz klar, worum es geht.

Ich bin der festen Ansicht, dass das Thema Volksinitiative und das Gesamtpaket Volksbegehren auch in diesem Haus wieder

(Staatsrätin Gisela Erler)

auf den Tisch kommen werden. Aber im Moment geht es um die Absenkung des Zustimmungsquorums für eine Volksabstimmung. Wie die FDP/DVP mitgeteilt hat, wird sie diesem Gesetzentwurf aus grundsätzlichen Erwägungen zustimmen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Meine Damen und Herren von der CDU, ich bitte Sie – auch wenn ich glaube, dass Sie es nicht tun; aber ich fände es sehr gut –, dieses Thema heute mitzutragen.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Keine Volksabstimmung zu Stuttgart 21!)

Sie wissen genauso gut wie wir, dass diese Verfassungsänderung in Baden-Württemberg kommen wird. Im Rahmen einer demokratischen Perspektive gibt es keine sinnvolle Begründung, dies auf Dauer zu verweigern. Heute können Sie zeigen, dass Sie nicht dem folgen, was alle – auch unsere Parteien – immer wieder tun und was die Politikverdrossenheit stärkt, nämlich plausible Aspekte, die offensichtlich nötig sind, zu verweigern, weil sie einem Kalkül folgen. Dafür haben Sie keinen Grund.

Der Wettbewerb, um den es hier geht, den Sie Stuttgart 21 zuordnen, ist völlig offen. Was die Frage betrifft, ob dieser Volksentscheid zugunsten meiner Partei, der Grünen, ausgeht, so wissen Sie, dass es sehr wenige Menschen gibt, die das glauben.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich stehe grundsätzlich dafür, dass unabhängig davon, wie ich mit meiner Meinung vertreten werden will, ein niedrigeres Quorum für einen Volksentscheid in unsere Landesverfassung aufgenommen werden muss. Darum möchte ich Sie herzlich bitten.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl von der Fraktion GRÜNE.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur noch wenige Anmerkungen. Herr Mack, jetzt diskutieren wir im elften Jahr über eine Reform der Regelungen für eine Volksabstimmung und ein Volksbegehren. Der vorliegende Gesetzentwurf ist der vierte Anlauf, den wir hierzu unternehmen. Ich bin gern bereit, einzuräumen, dass wir – dann sage ich aber: gemeinsam – in der 14. Wahlperiode vielleicht nicht alles richtig gemacht haben, dass wir nicht die Kraft hatten, uns aufeinander zuzubewegen. Unser Gesetzentwurf ging Ihnen zu weit, und Ihr Gesetzentwurf ging uns nicht weit genug. Um einen Kompromiss haben wir nicht ernsthaft gerungen; das war vielleicht auch dem beginnenden Wahlkampf geschuldet. So selbstkritisch will ich heute sein und das sagen. Ich möchte das aber gern auch von Ihrer Seite hören und nicht immer nur eine Fortsetzung des Wahlkampfes erleben. Das würde dieser Sache dienen.

Jetzt sagen wir: Weil wir daraus lernen, starten wir einen neuen Anlauf und nehmen den erreichten Minimalkonsens – den

haben wir eigentlich in der Sache –, machen jetzt einen Knopf dran und zeigen den Bürgerinnen und Bürgern: Ein erster Schritt ist getan, und über alles Weitere reden wir in Ruhe. Ohne dieses Zeichen wird man uns nicht glauben, wenn wir immer nur diskutieren und schöne Empfehlungen verabschieden, sich aber in der Praxis nichts ändert. Deshalb ist uns dieses Zeichen so wichtig.

Herr Mack, wir können gern über das Thema Enquetekommission reden. Ich finde den Vorschlag sogar gut, dass wir in einer Enquetekommission mit entsprechender Ausstattung in aller Ruhe ergänzend zu dem, was die Stabsstelle und die Regierung machen, auch im parlamentarischen Rahmen über Bürgerbeteiligung, neue Planungsprozesse usw. reden. Diesen Vorschlag hatten Sie einmal gemacht; vielleicht halten Sie daran fest. Darüber erzielen wir sicher eine Verständigung. Aber ohne ein klares politisches Signal „Leute, wir haben gelernt und verstanden, jetzt ändern wir etwas“ wird dieser Prozess nicht erfolgreich sein. Deshalb sind wir unbedingt dafür, jetzt diesen Schritt zu machen. Wir bitten Sie nochmals, diesen kleinen Schritt mitzugehen. Politisch sind Sie eigentlich schon dort.

Auch der Wahlkampf um den CDU-Parteivorsitz – für die Wahl am 23. Juli wünsche ich Ihnen persönlich alles Gute, Herr Mack –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP zu Abg. Winfried Mack CDU: Das kann schaden!)

sollte uns nicht daran hindern, in der sachlichen Auseinandersetzung aufeinander zuzugehen.

Nochmals zu Stuttgart 21: Es macht doch niemand einen Hehl daraus, dass es auch um eine Volksabstimmung über Stuttgart 21 geht.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Vor allem!)

Aber es muss doch auch Ihr Interesse – sogar Ihr großes Interesse – sein, dass diese Volksabstimmung von Anfang an in dem Ruf steht, fair und gerecht zu sein und unter Bedingungen stattzufinden,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie kannten die Bedingungen, als Sie sie ausgerufen haben!)

die Bürgerinnen und Bürger auch in anderen Bundesländern vorfinden. Sie sind nicht deutlich schlechter, weil wir in Baden-Württemberg sind. Das ist, Frau Gönner, für beide Seiten eine sehr wichtige Begleiterscheinung. Das sind sehr wichtige Rahmenbedingungen.

Unser Ziel ist es – das müssen Sie ernst nehmen –, mit der Volksabstimmung diesen Konflikt ein für alle Mal zu beenden, Frieden zu stiften, die Spaltung in der baden-württembergischen Gesellschaft zu überwinden und das Ergebnis – dafür werden wir stehen, da können Sie uns beim Wort nehmen – anzuerkennen und für die Anerkennung in der Gesellschaft zu werben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie beim Stresstest! – Abg. Volker Schebesta CDU: Aber Minister Herrmann gibt die Zuständigkeit ab!)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Vor diesem Hintergrund macht eine Änderung der Verfassung zum jetzigen Zeitpunkt Sinn. Wir beraten den Gesetzentwurf morgen im Ständigen Ausschuss und in der nächsten Woche in zweiter Lesung im Plenum. Lassen Sie uns die Zeit bis dahin dazu nutzen, noch einmal produktiv miteinander zu reden und eine Einigungsformel zu finden. Dann sind wir auf einem guten Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mack für die Fraktion der CDU.

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Herrn Sckerl an diesem Pult auch schon anders erlebt. Er hat über dieses Thema schon anders gesprochen.

(Abg. Heribert Rech CDU: So ist es!)

Herr Sckerl, ich möchte Ihnen ausdrücklich zugestehen, dass Sie sich mittlerweile auf einem wesentlich besseren Weg bewegen.

Ich glaube, bei den Fragen, die wir hier behandelt haben, und bei dieser Debatte hat sich eines gezeigt: Bei dem Gesetzentwurf, den Sie zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg vorgelegt haben, geht es um Stuttgart 21. Das ist Ihr Hauptanliegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Deshalb können wir dem Gesetzentwurf so, wie er vorliegt, nicht zustimmen. Wir wollen die Verfassung nicht anlassbezogen – wegen des Streits um einen Bahnhof – ändern. Vielmehr: Wenn wir die Verfassung ändern, tun wir das in einem Paket.

(Unruhe)

Wenn es Ihnen nicht um Stuttgart 21, sondern um die Sache, nämlich um die Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie in Baden-Württemberg, gegangen wäre, dann hätten Sie heute gesagt: „Wir bieten Ihnen einen gemeinsamen Prozess an. Wir wollen die Verfassung gemeinsam ändern.“

Es geht doch nicht nur um die Absenkung der Quoren; Frau Erler hat das deutlich gemacht. Es geht um viel mehr Fragen, die wir gemeinsam besprechen sollten.

Der Weg der CDU-Fraktion wird sein, dass wir uns dieses Themas in den nächsten Monaten intensiv annehmen. Wir werden mit den Bürgerinnen und Bürgern intensiv darüber sprechen, was notwendig ist. Dann wollen wir uns in einer Enquetekommission des Landtags auf breiter Basis und, was den Prozess anbelangt, im Einvernehmen zwischen allen Fraktionen gemeinsam mit diesen Fragen beschäftigen.

Ich bin mir sicher, dass wir dann zu einem guten Ergebnis kommen werden. Denn – da sind wir uns wirklich einig – wir wollen die repräsentative Demokratie in Baden-Württemberg weiterentwickeln. Darum muss es uns gehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wir schlagen Ihnen also vor: Ziehen Sie diesen Gesetzentwurf bei der Beratung im Ständigen Ausschuss zurück. Wir leiten gemeinsam einen Prozess ein. Dann kommen wir sicherlich auch zu einem guten Ergebnis.

Mit Freude habe ich vernommen, was Frau Staatsrätin Erler zum Thema Volksabstimmung und zu Gesetzen gesagt hat, die bei Volksabstimmungen eingebracht werden. Sie hat sinngemäß gesagt, es dürfe kein verfassungswidriges Gesetz eingebracht und den Bürgern bei einer Volksabstimmung vorgelegt werden.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist klar!)

Darauf vertrauen wir, Frau Staatsrätin, und darauf werden wir ein Auge haben. Diesen Punkt werden wir genau prüfen.

Ich komme zu einem wichtigen Aspekt, über den wir noch nicht gesprochen haben, über den aber in der Schweiz im Moment diskutiert wird. Sie haben die Minarettentscheidung angedeutet. In der Schweiz gibt es kein Verfassungsgericht. Deswegen hat die Schweiz bei Volksabstimmungen im Moment ein ganz großes Problem.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Sie hat das Problem, dass Gesetze zur Volksabstimmung gestellt werden und die Regierung bei deren Annahme schließlich sagen muss: „Wir können diese Gesetze nicht vollziehen, weil sie verfassungswidrig sind.“ In der Schweiz sind Gesetze mit einer Zustimmungsquote von 55 % angenommen worden, die schließlich aber nicht vollzogen werden konnten.

Deswegen kommt es, wenn wir über das Thema „Volksabstimmung in Baden-Württemberg“ diskutieren – das gilt auch für das Thema Stuttgart 21 –, auf die Frage an: Liegt ein verfassungsgemäßes Gesetz vor, oder ist das Gesetz nicht verfassungsgemäß? Das wird die entscheidende Frage bei Stuttgart 21 sein.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich erteile Herrn Abg. Stoch für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lassen Sie mich, an die CDU-Fraktion gerichtet, in aller Kürze noch drei Punkte ansprechen. Ich komme wieder auf meine Ausgangsfrage zurück. In Ihrer eigenen Partei gibt es inzwischen genügend Menschen, die sagen: „Wir brauchen einen stärkeren Ausbau von plebiszitären Elementen.“ Weil Sie immer wieder mit dem Thema Stuttgart 21 anfangen, weise ich darauf hin: Inzwischen liegt sogar ein Beschluss des CDU-Kreisverbands Stuttgart vor, der die Landtagsfraktion der CDU ausdrücklich auffordert, eine Volksabstimmung zu unterstützen.

(Andreas Stoch)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus! – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Tanja Gönner: Ohne Änderung des Quorums, Herr Stoch!)

– Frau Gönner, das ist jetzt diesen erhöhten Blutdruck nicht wert, weil –

(Zurufe der Abg. Volker Schebesta und Tanja Gönner CDU)

– Jetzt hören Sie zu. – Zu dem, was Kollege Mack gesagt hat – warum Sie den Gesetzentwurf ablehnen und dass er in den nächsten Monaten frisch, fröhlich, frei in einen Diskussionsprozess einsteigen will –, muss ich schon sagen – das kam vorhin auch deutlich zur Sprache –: Wir reden über das Thema „Verstärkung plebiszitärer Elemente, Senkung von Quoren“ doch nicht erst seit einem Jahr oder seit Stuttgart 21. Die Fraktion der SPD und die Fraktion GRÜNE haben diese Vorschläge in den vergangenen zehn Jahren regelmäßig eingebracht. Von Ihnen war nichts zu hören als: „Wir machen das nicht.“ Jetzt zu heucheln, man habe etwas dazugelernt, ist doch nicht glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Volker Schebesta CDU: Das stimmt doch gar nicht! Sie haben doch unseren Antrag in diesem Jahr abgelehnt! – Weitere Zurufe von der CDU)

Zum Thema Selbstbewusstsein: Letztlich kommen wir doch zu dem Argument, dass Sie den Gesetzentwurf jetzt aus taktischen Gründen ablehnen

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das war aus rechtlichen Gründen!)

und dann in einer Diskussion womöglich dem gleichen in einem Jahr zustimmen werden. Was mich eigentlich beschäftigt, ist Ihr fehlendes Selbstbewusstsein.

(Oh-Rufe von der CDU – Lachen des Abg. Volker Schebesta CDU – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch: Mit 39 %?)

Denn – jetzt komme ich auf Frau Gönner zurück –: Wer überzeugt davon ist, die besseren Argumente zu haben – das mag auch bei Stuttgart 21 der Fall sein –, der hat doch im Gegensatz zu Ihnen keine Angst vor einer Volksabstimmung. Der muss sie doch wollen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist doch überhaupt nicht das Thema! – Zurufe der Abg. Tanja Gönner und Dr. Dietrich Birk CDU)

Hier sitzt eine Fraktion der Grünen, die eine Meinung hat, die offensiv vertreten wird, und zwar mit Argumenten. Da sitzt eine Fraktion der SPD, die ihre Meinung mit Argumenten vertreten wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Stoch, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Gönner?

Abg. Andreas Stoch SPD: Selbstverständlich.

Abg. Tanja Gönner CDU: Herr Kollege Stoch, würden Sie zugestehen, dass Bürgerbeteiligung weit mehr als eine Volksabstimmung ist?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das gibt doch wohl Anlass, fünf Minuten dazuzugeben!)

Zweitens: Würden Sie zugestehen, dass auch heute eine Volksabstimmung über Stuttgart 21 – wenn es Ihnen gelingt, ein verfassungsgemäßes Gesetz vorzulegen – möglich ist, dass Sie uns also Vorwürfe machen, die jeder Grundlage entbehren?

Die Schwierigkeit liegt eher darin, dass Sie, weil Sie wissen, dass Sie heute keine Chance haben, eine Volksabstimmung zu gewinnen, sich zuerst die Verfassung zurechtschneiden, um dann zu sagen:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie wollen sie nicht!)

Jetzt sind wir zufrieden und bekommen das Ergebnis, das wir wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Kollegin Gönner, eines sollten wir nach der Debatte verstanden haben: Bürgerbeteiligung – wenn wir sie ernst meinen, z. B. in Planungsverfahren – ist weit mehr als eine Volksabstimmung. Punkt 1.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Tanja Gönner CDU: Sehr schön!)

Zu Punkt 2: In Ihrem letzten Satz wurde deutlich, dass Sie eines nicht verstanden haben. Sie haben nämlich gesagt: „nicht gewinnen können“. Ich gehe davon aus – ich nehme jetzt meine eigene Sicht –:

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dass die SPD gewinnt!)

Wir gewinnen die Volksabstimmung. Da mögen Sie jetzt auslegen, was damit gemeint ist.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wer ist „wir“? Die Koalition? Werden Sie präzise! – Abg. Volker Schebesta CDU: Das würden wir schon gern hören! Wer ist „wir“? – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich bin der Meinung, wenn wir – egal, ob es die CDU-Fraktion, die FDP/DVP-Fraktion, die Fraktion GRÜNE oder die SPD-Fraktion ist – selbstbewusst genug und von unseren Argumenten überzeugt sind, dann haben wir keine Angst vor einer Volksabstimmung, auch nicht über Stuttgart 21.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Waren das die SPD-Argumente oder die Argumente der Grünen?)

Da gilt eben bekanntermaßen der alte Satz: Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, wer die Hosen voll hat, der hat schon verloren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/216 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Pünktlich, Frau Präsidentin!)

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 20. Juli 2011, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen ganz herzlich und schließe die Sitzung.

Schluss: 11:59 Uhr